

22 713



MECKLENBURGER AUFBRUCH

Unabhängige Wochenzeitung · 3. Jahrgang · Nr. 37/38 · 18. September 1992 · 1,00 DM

2F 8971C

Interview H. Ringstorff Seite 3	Leben auf Pump Seite 4	Streit um Stadtwerke Seite 5	Kalenderblatt Th. Storm Seite 6	Forum: Rostock Seite 9	Up platt: Zippendörp Seite 10
--	-------------------------------------	---	--	-------------------------------------	--

Beschädigtes Ansehen

Unser Kanzler hat ein Problem. Nicht, wie er die nächsten Wahlen gewinnt und die Strecke bis dahin aufrecht durchsteht, nein, das Problem des Kanzlers ist von anderer Art. Er tut sich schwer mit der Öffentlichkeit, jener Kraft, die als Vierte Gewalt bezeichnet wird und in einer anständigen Demokratie den drei anderen Gewalten - Parlament, Regierung und Justiz - auf die Finger schauen soll. So liebt es der Bundeskanzler von Zeit zu Zeit, "die Medien" für die Mißstände verantwortlich zu machen, über die sie berichten, so, als ob es genügen würde, Häßliches und Gemeines einfach zu ignorieren, damit es sich in Luft auflöst. Auf kritische Fragen von Journalisten reagiert der Kanzler meist ungehalten. Und nun hat er ein weiteres Beispiel für sein Verständnis von der Rolle einer wachen Öffentlichkeit in der Demokratie vorgelegt. Die Krawalle in Rostock würden dem Ansehen der Bundesrepublik schweren Schaden zufügen, meinte der Kanzler. Das ist zwar an sich richtig, aber dennoch auf eine peinliche Art verkehrt.

Wenn von dem Schaden die Rede ist, den die Pogrome gegen Ausländer anrichten, dann muß man zuerst von der Angst derjenigen sprechen, die aus ihren kärglichen Behausungen unter Polizeischutz in noch kärglichere abtransportiert werden, weil ihnen ein blutrünstiger Mob nach dem Leben trachtet. Man muß von der Verzweiflung der Menschen sprechen, die in die Bundesrepublik gekommen sind, weil sie angekommen haben, daß sie hier nicht verhungern und nicht verfolgt würden, die angenommen haben, daß sie in ein zivilisiertes Land kommen würden. Man müßte davon sprechen, daß Ausländer und Menschen, die ein wenig anders aussehen, als es der Mob erlaubt, in einigen Gegenden der Bundesrepublik beim Betreten der Straße ein nicht kalkulierbares Risiko eingehen. Daß ein echter

Deutscher mit dunkler Hautfarbe Angst hat, allein in der U-Bahn zu fahren. Man müßte davon sprechen, daß der Staat sein Gewaltmonopol aufgegeben hat, die Politiker versagt haben und die Steinwerfer und Brandstifter die Richtlinien der Politik bestimmen. Und erst ganz zum Schluß könnte und dürfte man sagen, dem Ansehen der Bundesrepublik werde schwerer Schaden zugefügt. Aber auch dann sollte man den Satz nur sagen, wenn man sofort zugefügt zu Recht. Wer freilich in erster Linie den Schaden bedauert, der dem Staat zugefügt wurde, wer sich über den Verlust von Ansehen beklagt, der handelt wie ein Familienvater, der alle Türen und Fenster im Haus verhängt, wenn er seine Kinder durchprügelt, damit die Nachbarn nichts mitbekommen, was dem guten Ruf der Familie schaden würde. Hätten die Pogrome unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattgefunden, wäre dem Ansehen der Bundesrepublik kein Schaden zugefügt worden. Womit wir wieder bei den Medien wären, die letzten Endes die Verantwortung tragen, zwar nicht für das Geschehen, aber doch für den angerichteten Schaden.

Und an diesem Punkt muß man die letzten Vorschläge zur Sicherung der öffentlichen Ordnung mit einiger Skepsis betrachten. Es soll eine mobile Polizeitruppe aufgestellt werden, die Straßenkrawalle bekämpfen soll. Nun gibt es schon eine Polizei des Bundes, den Bundesgrenzschutz, es gibt eine reguläre Polizei, und es gibt Spezialeinheiten, die etwa bei Geiselnahmen eingesetzt werden. Wozu braucht man eine neue Truppe? Um die Asylanten zu beschützen? Oder um die Reporter und Fotografen vom Geschehen fernzuhalten, damit dem angekratzten Ansehen der Bundesrepublik kein weiterer Schaden zugefügt werde.

Henryk M. Broder

In eigener Sache

Manch einer unter Ihnen, liebe Leser, hat mit mehr oder minder großer Geduld unseren veränderten Erscheinungsrhythmus akzeptiert. Wir hatten gehofft, daß sich unsere wirtschaftliche Situation bessert, doch leider kann davon nicht die Rede sein.

Der Mecklenburger Aufbruch ist die letzte Zeitung, die es noch gibt aus der Zeit der Wende. Es scheint so, als müßten wir hinnehmen, daß

der Markt für Blätter wie unseres keinen Platz hat. Dennoch wollen wir versuchen, Ihnen weiter Begleiter durch die Zeiläufe zu sein. Aber dazu brauchen wir Ihre Anregung und Hilfe. Wenn es weitergehen soll, brauchen wir viele zusätzliche Abonnenten. Darum unsere Bitte: Werben Sie Leser für den Mecklenburger Aufbruch, der leider weiter nur vierzehntäglich erscheint.

Die Redaktion



Hasenwinkel in Mecklenburg

Foto: Rainer Cordes

Staat und Kirche: Es geht voran

Bemerkungen zu einem problematischen Verhältnis

Dem Blick zurück auf die untergegangene DDR steht bis heute Mythenbildung einem angemessenen Umgang mit dieser deutschen Vergangenheit im Wege. Einen besonderen Akzent des Traumas DDR stellt die Bewertung der Rolle der Kirche dar. Wurde sie zunächst mit einem unangemessenen Glorienschein versehen, weil in ihr angeblich die Revolution vorbereitet wurde, sie quasi der Widerstand in der DDR schlechthin war, wird nun versucht, ihr diesen Glorienschein zu entreißen: Sie habe sich mit dem SED-Staat eingelassen. So unangemessen das eine ist, so falsch ist das andere. In all den Turbulenzen des Umbruchs kommt aus dem Blick, daß Kirche und Staat in der neuen Bundesrepublik Deutschland problembeladen zueinanderfinden. Auch dies Verhältnis gilt es kritisch zu hinterfragen.

"Die vierzigjährige, kirchenfeindliche SED-Herrschaft zeigt auch heute noch ihre Folgen bei der Erfassung der Kirchenmitglieder und führt dabei nach wie vor zu erheblichen Schwierigkeiten bei der Kirchensteueranverlangung", so verlautet es aus dem Innenministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Der Umstand, daß die Kirchensteuer überhaupt vom Finanzamt eingezogen wird, ist mittlerweile ein nicht mehr diskutiertes Faktum - das ist

eben so in der Bundesrepublik. Da wir ehemalige DDR-Bürger in den ersten Monaten nach der Wende mit nichts anderem befaßt waren, als so zu werden wie der Westen es uns vorlebte, haben wir auch das Verhältnis von Kirche und Staat mit übernommen, wenige widerstrebend. Jetzt haben wir halt eine kirchenfreundliche Herrschaft. Das schlägt sich in den Problemfeldern Kirchensteuer, Religionsunterricht und Militärseelsorge nieder.

Diese drei Themen wurden in der Kirche der alten Bundesrepublik heiß diskutiert. Es gab manchen Christen, der sich rieb an der großen Nähe von Staat und Kirche. Mit der Einheit ist dies Thema von der Tagesordnung verschwunden. - Ein Beweis mehr, daß die fünfziger Jahre zurückkommen?

Man stelle sich vor, in einer Kirche der untergegangenen deutschen Republik hätte eine einflußreiche Persönlichkeit des öffentlichen DDR-Lebens vorgehabt, für einen Sohn des Ortes, der in einem KZ gestorben wäre, ein Denkmal anzubringen. Der Pastor wäre damit einverstanden gewesen. Es hätte ein Gottesdienst stattgefunden, die DDR-Fahne hätte das Denkmal verhüllt...

Ein Aufschrei der Entrüstung wäre losgebrochen, - leise natürlich, der Mut für laute Empörung hätte vermutlich gefehlt. Der Westen aller-

dings wäre schwer verstimmt gewesen.

Heute ist das anders: Ein großer Sohn Mecklenburgs wurde jüngst geehrt: Hans-Ulrich von Oertzen. Er war einer der Männer, die an dem Attentat auf Adolf Hitler beteiligt waren. An ihn erinnert jetzt eine Gedenktafel in dem kleinen Kirche in Rattey.

Rattey? Von Oertzen? Manch jüngeren Zeitgenossen östlicher Provenienz dürfte zu beidem nicht viel einfallen.

Rattey liegt am östlichen Zipfel Mecklenburgs in der Nähe Friedlands. Die von Oertzens waren eine der Familien, denen halb Mecklenburg gehörte, einst.

Um die Kirche von Rattey war Anfang September Volksfeststimmung, trotz Regen. Gäste kamen von nah und fern, einer kam sogar mit dem Hubschrauber, der Bundespräsident. Die Kirche war proppevoll. Der eigentliche Grund zum Feiern war der Umstand, daß hier eine Kirche restauriert worden ist. (Was das bedeutet, können nur die Menschen verstehen, die hier gelebt haben. Die Kirche war arm, kleine Dorfkirchen hatten keine Aussicht auf Erhaltung in der Vergangenheit.) Die Familie von Oertzen hat sich mit 29 000,-DM an den Kosten der Restaurierung beteiligt.

Fortsetzung auf Seite 2

Deprimierend

Die Sozialdemokraten haben sich nach langem Hängen und Würgen eines schlechteren besonnen und ihre Position in der Auseinandersetzung um's Asylrecht gegen die der Regierung ausgetauscht. Nichts anderes bedeutet trotz aller Kontinuität suggerierenden Wendungen der Beschluß von Bad Salzuflen: Man wird, sollte der Sonderparteitag nicht wider Erwarten anderes beschließen, gemeinsam mit den Unionsparteien noch in diesem Jahr den Paragraphen 16 des Grundgesetzes kippen. Die SPD kapituliert also vor der das Land beherrschenden furchtbaren Stimmung gegen Fremde und Unangepaßte, die Mordbrennerei und Totschlag trägt und rechtfertigt, "schon vor dem großen Streit". Die in ihrem Leben Bedrohten und Geängstigten müssen sich jetzt von Engholm und seiner Partei ebenso im Stich gelassen fühlen wie all jene, für die Liberalität und Offenheit des bundesdeutschen Staates nicht verhandelbar sind. Die Entscheidung der SPD-Spitzenorgane hat sie zur vernachlässigbaren Größe im Poker um neue strategische Wahlmehrheiten gemacht.

Das auch von Helmut Schmidt in einem aktuellen Interview (siehe Seite 3) gebrauchte Argument vom Asylrecht als einer Schönwetter-Bestimmung, die in den schlimmen Zeiten des Massenansturms nicht mehr taugt, rechtfertigt nichts: Es lenkt von den in's Trudeln geratenen inneren Umständen des Pogrom-Schauplatzes Deutschland ab und sucht - weit schlimmer - in der Ablenkung davon die Auseinandersetzung damit zu erübrigen.

In diesem zweiten deutschen Herbst kann man tagelang Straßenumfragen machen, ohne auf einen einzigen Menschen zu treffen, der den Terror des Mobs ohne Einschränkung verurteilt. Nicht die Begrenzung des Zuwandererstroms, sondern die Verteidigung von Toleranz und Menschlichkeit ist doch das Thema der Stunde. Die Politiker haben sich aber gerade nicht vor die Asylheime gestellt und mit ihrem persönlichen Beispiel ohne Wenn und Aber den brutalen Angriffen auf Menschenwürde und Freiheitsrechte widerstanden. Stattdessen wurde vielmehr aus sicherer Entfernung Verständnis für die Motive der Gewalttäter bekundet.

Es geht ja längst nicht mehr um den § 16 allein; mit den Pogromen in Deutschland nebst dem voraussehlenden Gehorsam der Politiker gegenüber dem Pöbel steht der gesamte Geist des Grundrechte-Katalogs zur Disposition. Wesentliche Verfassungsnormen erscheinen den Menschen besonders in den neuen Ländern zunehmend als eine Art Knautschzone der Demokratie. Es ist kaum zu fassen und zutiefst deprimierend, daß sich die Spitze der Sozialdemokraten in dieser gesamtdeutschen Schlüssel-Situation ihrer Verantwortung nicht stellen will. Nichts und niemand wird sie in der Küche der Zeit ersetzen können.

Michael Will

Politik

Randbemerkung

Kanzler ohne Konzept

Wenn es in seiner Regierungszeit für ihn brenzlich wurde, dann nahm Konrad Adenauer Zuflucht zu seiner Standard-Floskel „Die Lage war noch nie so ernst“. Das half fast immer. Zumindest schaffte es Ruhe im eigenen Beritt und eine Atempause für den gerissenen Alten.

Helmut Kohl, seinem Möchtegern-Enkel, ist, bei allem Machtbewußtsein, diese Fähigkeit zur Dramatisierung nicht gegeben. Das müssen andere für ihn machen. Der an den Rollstuhl gefesselte Wolfgang Schäuble zum Beispiel oder der bayrische Dorfdemagoge Wolfgang Bötsch.

Wenn es für Helmut Kohl brenzlich wird, dann nimmt er Zuflucht zur Verharmlosung und zur treuerhizigen Geste, komplett mit Augenaufschlag, hilflosem Schulterzucken und einer kleinen Selbstbeziehung. Gewiß, man habe sich geirrt, aber man habe den Irrtum nicht erkennen können.

So präsentierte sich der Bundeskanzler auch in der Haushaltsdebatte seiner Regierungskoalition und der Fernsehöffentlichkeit. Ein heiterer Tor, der Folgen seines Tuns nicht bewußt oder ein politischer Gaukler, am Ende seines Witzes - wie immer man das sehen möchte, mit Nachsicht oder Enttäuschung. Auf jeden Fall nicht auf der Höhe seiner Verantwortung.

Doch wie dieser Kanzler ohne Kleider, so gebärden sich auch seine gesalbten Schleppenträger aus den Führungsspitzen der Regierungskoalition. Nur für sie sichtbar bedecken sie die Blöße ihrer Gedankenarmut und Entschlußlosigkeit mit dem Flitter namens Solidarität.

Tatsächlich aber war die Lage noch nie so ernst seit der Gründung der beiden deutschen Staaten. Was waren im Kalten Krieg die Bedrohungsanalysen der Atomstrategen (die sich vor allem als heilsame Selbstabschreckung erwiesen) gegen die jetzt ganz realen Bedrohungen eines Zusammenbruchs des gesellschaftlichen Konsenses? Der Kanzler hat kein Konzept dafür.

So könnte er zur Seite treten, wie es einst der Wirtschaftswundermann Ludwig Erhard tat, als er mit dem Regieren nicht zurechtkam. Kräftig geschoben zwar von seinen Parteifreunden, aber immerhin. Doch unter den Schleppenträgern ist noch keiner zu dieser befreienden Tat bereit. Zu groß ist das Mißtrauen untereinander. Zu beherrschend auch die Angst vor dem Absturz in das politische Nichts und - vor allem - vor der berüchtigten Ranküne des Pfälzer Gemütsmenschen.

Schöne Demokraten.

Ratlose Opposition

Armer Björn Engholm. Erst, als er von seinen Genossen auf den Posten des Vorsitzenden geschubst werden mußte, war er zu lau. Jetzt, da er sagt, wo es für die Partei lang zu gehen hat, und zwar dorthin, da ist er manchem seiner Anhänger zu vorlaut.

Dieses Wechselbad der Gefühle kann nicht gut gehen. Weder für die Partei noch für ihren Vorsitzenden. Denn bei den überfallartig getroffenen Entscheidungen zum Asylrecht und zum Blauhelm-Einsatz der Bundeswehr stehen die Autorität Björn Engholms, die Glaubwürdigkeit von Parteitagebeschlüssen und die Geschlossenheit der SPD auf dem Spiel.

Dabei wäre zu bedenken, daß die SPD aus der Opposition heraus nie die Meinungsführerschaft durch Einschnitten auf die konservative Regierungslinie gewonnen hat. Die Einsicht in notwendige Kurskorrekturen darf nicht in opportunistische Unterwerfung unter eine nach wie vor für falsch erachtete Politik bedeuten. Gefragt ist nicht Anpassung. Gebraucht werden plausible und mutig vertretene Alternativen.

Allein durch den Willen zur Kooperationsfähigkeit sind sie nicht zu finden.

Bernd C. Hesslein

Nichts zu machen in Bosnien

Jetzt haben die Kriegsparteien in Bosnien-Herzegowina eingewilligt, daß UNO-Inspektoren die jeweiligen Artillerie-Stellungen in und um Sarajewo kontrollieren. Geändert hat das nichts: Es wird mit voller Feuerkraft weitergeschossen und gebombt, mit dem kleinen und nicht feinen Unterschied, daß die UNO-Beauftragten dabei zuschauen und Strichlisten führen, ohne vom Gesehenen öffentlichen Gebrauch machen zu dürfen. Europa und die Welt haben sich leise seufzend und erleichtert darin gefügt, daß sie zu nichts anderem in der Lage sind als dazu, das Morden und Vertreiben von der Zuschauertribüne aus zu verfolgen.

Die Interventions-Gegner vor allem in der Bundesrepublik erfreuen sich dabei engagierter Unterstützung von überraschender Seite: Hochkarätige Militärs wie der General a. D. Gerd Schmückle ziehen von Talk-Show zu Talk-Show und werden nicht müde zu erklären, gegen diese balkanische Art der Kriegsführung ließe sich mit dem versammelten billiardenschweren Militär-Potential der NATO aber

auch gar nichts ausrichten. Alle Umgangsmittel mit dem Inferno in Ex-Jugoslawien außer Geduld und Spucke und einem Spendenaufkommen, mit dem man sich vor sich selbst sehen lassen kann, verbieten sich dem vorsichtigen Mit-

teleuropäer von selbst. Und der konservative Publizist Johannes Gross ist nicht der einzige, der es achselzuckend mit dem alten Bismarck hält, - der Balkan ist uns keinen einzigen pommerschen Grenadier wert.



Alibi in der Adria: Die Fregatte "Niedersachsen" der Bundesmarine ist Teil jener Flotte, die vor der Küste Ex-Jugoslawiens so tut, als könnte sie das Wirtschaftsembargo gegen Serbien durchsetzen.

Foto: amw

Freiheit und Anspruchsdenken

Immer mehr individuelle Freiheitsrechte, immer mehr Lebenschancen, Optionen, haben sich die Bürger, besonders der westeuropäischen Demokratien, in den letzten 200 Jahren erstritten. In diesem Selbstbefreiungskampf ist das Bewußtsein vom Gemeinsamen als der verpflichtenden Bedingung für individuelle Lebenschancen, für Freiheit, immer unklarer geworden. Es ist zu „Optionen für höhere Ligaturen“ (Dahrendorf) geworden. Nur im aktuell abgestimmten und durch Politik hergestellten Zusammenhang oder Zusammenwirken beider Positionen kann sich demokratische Politik behaupten.

Denn die Formel „Mehr Optionen, weniger Verantwortung“ hat nicht etwa zur Bedrohung der individuellen Freiheitsrechte geführt, weil jeder die volle Verantwortung für seine Angelegenheiten selbst übernommen hätte, umgekehrt ist nicht der bürokratisierte Wohlfahrtsstaat Gegenstand einer explodierenden Anspruchsflut geworden, die nicht mehr zu befriedigen ist. So kehrt sich im Laufe dieses Befreiungsprozesses die Erfahrung der nicht erfüllbaren Ansprüche durch einen immer omnipotenteren Staat in eine Verachtung aller demokratischen Freiheiten bei den Bürgern um. Freiheit wird Verantwortungslosigkeit. Drei Beispiele aus der letzten Woche zeigen, wie hochaktuell dieser Problemzusammenhang für die unmittelbare Zukunft der politischen Freiheit in der Bundesrepublik geworden ist.

1) Am Freitag, den 10. September, tagte in Bonn die Verfassungskommission zur Reform des Grundgesetzes. Beraten werden sollte mit Experten die Strukturdefizite des repräsentativen Entscheidungsprozesses. Schon der

äußere Ablauf des Palavers entlarvte das Desinteresse aller unmittelbar Beteiligten am Verfassungsprozess. Im Fraktionssaal der SPD saßen verstreut, hinter Säulen versteckt, die Vertreter der Bundestagsfraktionen. Die Vertreter des Bundesrates saßen in einer anderen Ecke.

Die Experten waren hinter einer riesigen Freifläche einer anderen Ecke zusammengequetscht. Ein Dialog über die großen Entfernungen zwischen ihnen war unmöglich. Als Sachverständige war nicht etwa die Creme der deutschen Verfassungsjuristen angeleitet, sondern neben Professor Iseensee und Rechtsanwalt Dr. Uwe Günther nur unbekannte Professoren erschienen, die auch keine grundsätzlichen Äußerungen zustandebrachten. Die Verfassungskommission und ihr Vorsitzender Rupert Scholz, CDU, haben offensichtlich keinen Begriff davon, daß die Legitimität der Verfassung gerade auch von der angemessenen Form, in der sie sich reflektiert, abhängt. Es ist nur zu hoffen, daß das Grundgesetz sich gegen diesen dilettantischen Angriff seiner Reformen möglichst unverändert behauptet. Die Freiheitsrechte der Bürger sind in den Händen der Politologen der Kommission nicht sicher.

2) Am selben Tag wurde im Plenum des Bundestages die Reform des Gesundheitswesens debattiert. Der ursprüngliche Gründungsgedanke der gesamten staatlichen Gesundheitsvorsorge war, den sozial Benachteiligten den gleichen Schutz und die gleiche Vorsorge ihrer Gesundheit zu garantieren wie den Bessergestellten. Dieser Gedanke ist in einem unüberschaubaren Interessengeflecht von Standesinteressen der Ärzte und des Pflegepersonals, in Selbster-

haltunginteressen der Bürokratien von Krankenkassen und Krankenhäusern, der Profitmacht der Pharmakonzerne und der Abzockermentalität der Patienten schon längst nicht mehr erkennbar. Gesundheitsminister Seehofers (CSU) Reformvorschlüsse ändern daran grundsätzlich nichts.

Der ganze Streit dreht sich nur um die Frage, wie die einen möglichst unbehelligt am Kranksein weiterverdienen können, und die anderen fürs Gesunderhalten möglichst gar nicht bezahlen werden. Zur Frage, was Solidarität im Gesundheitssystem heute heißen kann, wie heute die gesellschaftlich Schwachen gerecht und ohne Entwürdigung aller anderen geschützt werden können, dringt die Debatte gar nicht erst vor. Ligaturen, Verpflichtungen sind unpopulär. Wer von den Politikern dennoch danach verlangt, gefährdet seine Chance, wiedergewählt zu werden. Aber Politiker, die sich nicht getrauen, die Notwendigkeiten des Alltags von den Bürgern abzuverlangen, sind eigentlich keine Politiker. Sie sind Finanzvertreter, die ihren Positionen in der öffentlichen Raum, aber gefährden die Freiheit aller Bürger.

3) In einer großen Waldorfschule in Bonn ist wegen gekürzter öffentlicher Zuschüsse und allgemeiner Kostensteigerungen der Schulbetrieb in Gefahr. Die Lehrer verzichten freiwillig auf die tarifliche Lohnerhöhung in diesem Jahr und auch noch auf das 13. Monatsgehalt.

Die Eltern der Schule reagieren darauf nicht etwa mit einem begeisterten, freiwilligen Griff in ihre eigenen Kassen, um die fehlenden 600 000 DM schnell zusammenzubringen, sondern unterstellen, die

Mit kaum verhohlener Genugtuung nehmen die zum Eingreifen unwilligen Politiker und die Vertreter der sogenannten Friedensbewegung die Nachricht auf, daß auch die Muslime Massaker an den verhaßten Serben verübt haben, daß auch die bosnischen Truppen mit immer besserem Kriegsgewehr zu immer heftigeren Angriffen auffahren, und daß die Kroaten sowieso bloß auf Landgewinn aus sind. Mit gespieltem Erstaunen fragt der Hamburger Zeitfunk-Moderator den von einer Gegenoffensive berichtenden Sarajewo-Korrespondenten, ob das denn heißen solle, daß auch die Bosnier schießen. Pack schlägt sich, Pack vertritt sich, schwingt da im Unterton mit. Von der Qualität dieses oft gedachten und nie gesagten Satzes ist denn auch das Konfliktlösungs-Modell des Westens für den in blutiger Auflösung begriffenen Balkan. Man wartet ab, läßt sich allabendlich ein bißchen von den Fernsehbildern quälen und hofft immer heftiger, daß womöglich doch alles irgendwann wieder so wird, wie es einmal gewesen ist.

f. m.

Staat und Kirche ...

Fortsetzung von Seite 1

Das steht ihnen auch gut zu Gesicht, denn schließlich schöpfen sie einst hier ihren Reichtum. In der Kirche saßen also Herrschaften in teurem Kaschmir, dezente glitzerte dieses oder jenes Schmuckstück. Es waren 72 Plätze für Grafen, Freifrauen etc. reserviert, die Kirche fast etwa 100 Plätze.

Der Gottesdienst konnte lange nicht beginnen, weil: Der Ehren-gast war noch nicht eingetroffen. So spielten denn die Posaunen auf und der Chor legte sich schon mal ins Zeug - zum reinen Zeitvertreib wurde uns mitgeteilt. Derweil harrete geduldig die Geistlichkeit: ein Bischof, ein Landessuperintendent, ein Pastor im Regen. Dann kam Richard von Weizsäcker, der Gottesdienst fing an. Nun hörte ein Blitzlichtgewitter nicht mehr auf. Was schert einen Menschen wie dich und mich der Umstand, daß hier ein Gottesdienst stattfindet. Heutzutage werden alle Lebenslagen abgelichtet, warum nicht auch ein Bundespräsident bei der Andacht. Die Liturgen ertrugen das muntere Treiben der Presse- und Hobbyphotographen. Kein Wort des Unmutes kam über die geistlichen Lippen.

Irgendwie kam doch ein Gottesdienst zu Stande. Die alten Riten sind wohl doch unverwüßlich. Die Theologen hielten die Balance zwischen dem Mut zum offenen Wort und dem Wunsch nach Behaglichkeit der Schönen und Reichen und Wichtigen.

Draußen vor dem Portal stand ein ergriffenes Völkchen, für sie eben kein Platz in ihrer Kirche. Sie waren's zufrieden. Manch einer entsann sich an damals, als sie den von Oertzen die Felder bestellten. In Umbruchszeiten bekommt offensichtlich jedes vergangene Lebensgefühl einen Glorienschein.

Hans-Ulrich von Oertzen wird mir verzeihen, wenn mir die Art und Weise seines Angedenkens doch etwas befremdlich vorkam. Besonders der Umstand, daß in der Kirche die deutsche Fahne an der Wand prangte. Ein hochdekoriertes Soldat sprach denn auch von soldatischen Tugenden und was einem Offizier zu so hehren Anlässen sonst noch einfällt.

Es gab nicht viel, das es wert gewesen wäre zu bewahren aus unserer unseligen DDR-Vergangenheit, die Trennung von Staat und Kirche war vielleicht etwas, das sich gelohnt hätte.

Gehen jetzt Pastoren wieder zu Straßen- und Turnhalleinweihungen, nach dem Motto: Ein frommes Wort hat noch niemandem geschadet?

Regine Marquardt

Andere Meinungen

Die Generaldebatte um den Haushalt der Bundesregierung - Anlaß für Rechtfertigung und Kritik, für Bestandsaufnahme und Perspektiven - war das herausragende Thema der Berichtswoche. Art und Inhalt der dreitägigen Debatte spiegelten den Zustand des Landes und seiner führenden Politiker wieder: Vom selbstgefälligen Bundeskanzler bis zum beschwörenden Oppositionsführer. Mehr als der Dauerstreit um Asylrecht und Blauhelm-Einsatz der Bundeswehr oder das Geraune um die Kanzlerdämmerung zeigte die Debatte, daß alles mit allem zu tun hat: Die Geldnöte des Bundes mit dem Streit um das Gesundheitssystem, dessen hohe Kosten wiederum mit der Scheu der Regierung, die Verursacher, Ärzte und Pharma-Industrie zur Kasse zu bitten und alles andere sowieso mit der Wiedervereinigung. Entsprechend vielfältig sind die Kommentare in den westdeutschen überregionalen

Tageszeitungen, die dabei in der Regel mehr Ernst und Sachverstand beweisen als die Bonner Artisten in ihrem Wasserwerk, der derzeitigen Unterkunft des Bundestages.

Die SÜDDEUTSCHE ZEITUNG beschreibt die Situation mit einem ironischen Unterton:

„Alle sind entschlossen, künftig ganz entschlossen zu sein. Der Kanzler ist entschlossen, die Zügel, die er mit eiserner Hand hat schleifen lassen, wieder an sich zu ziehen. Sein Herausforderer Engholm ist entschlossen, sie ihm, freilich nur langsam, aus der Hand zu winden. Graf Lambsdorff ist entschlossen, Engholm keinesfalls dabei zu helfen. Und die CSU ist entschlossen, geduldig auszuhalten.“

Das Bedeutet: Da und dort mehr Verve, - ansonsten bleibt alles wie es ist. Die Generaldebatte im Bundestag hat die Gewichte in Bonn

wieder in die Ruhelage gebracht, Regierung und Opposition haben sich auf ihre Rolle besonnen. Sie ziehen aus den letzten Wochen die Lehre, daß dem Bürger nichts schlimmer erscheint als Unentschlossenheit.“

Die FRANKFURTER RUND-SCHAU meint, daß sich in der Bonner Haushaltsdebatte mehr bewegt habe als in den vergangenen drei Jahren seit dem Fall der Mauer, kommt jedoch zu einer anderen Bewertung der Situation:

„Die Elefanten aller Parteien rasen aufeinander zu, daß man sich fast schon vor ihrem Zusammenstoßen fürchten muß. Die Frage ist nur, ob sich die Herden hinter ihnen genauso schnell bewegen. Da gibt es bei allen und auf jedem politischen Feld Schwierigkeiten, die alle irgendwie miteinander zusammenhängen: Bei der Union die 'Zwangsanleihe', bei der SPD die Asylfrage und bei der FDP das

Problem marktwirtschaftlicher Prinzipientreue. Deshalb war es höchste Zeit für den Vorstoß des SPD-Wirtschaftsexperten Roth zum Entsatz der in den eigenen Reihen von Isolierung bedrohten ostdeutschen CDU-Abgeordneten.“

Die in Bonn erscheinende WELT beschäftigt sich mit dem von Bundeskanzler Kohl in die Debatte eingebrachten pompösen Begriff „Solidarpakt“ und merkt dazu an: „Der Versuch, alle gesellschaftlichen Anstrengungen zum Aufbau Ost miteinander zu verzahnen, ist weder strafbar noch verwerflich. Aber das wäre die Normalaufgabe von Politik und Wirtschaft.“

Nichts hindert den Staat schon heute am Sparen, nichts die Tarifparteien an Löhnen, bei denen neue Arbeitsplätze entstehen. ... In Deutschland muß vieles angesprochen, aber eines gestoppt werden: Der politische Redefluß.“

Simon Feinstein

Impressum:

MECKLENBURGER
AUFBRUCH

ist eine unabhängige Publikation
veröffentlicht unter der Lizenznummer 76,
ISSN 0863-369 X, Register-Nummer 309

Herausgeberin und
Chefredakteurin:
Regine Marquardt

Redaktion:
Politik: Regine Marquardt
Kultur: Wolfram Pilz
Redaktionsassistentin: Anke Sendrowski

Ständige Autoren:
Karl Bak, Catherine Doose, Bernd C. Hesslein,
Helmut Kater, Udo Knapp, Meir Mandelboom,
Holger Panse, Waldemar Schlegel, Constanze
Steinke, Dr. Cora Stephan, Dorothee Trapp,
Michael Will

Verlag:
Mecklenburger Verlag GmbH
Puschkinstraße 19
2750 Schwern,
Telefon 8 33 88

Verlagsleitung:
Hans-Ulrich Gienke
Anzeigen: Reiner Prinzler

Satz:
Gabriele Endreß

Anzeigen-Satz:
EDV-Satzstudio D. Roggentin
Fregattenstraße 61, 2400 Lübeck 1

Druck: LN-Druck, Lübeck

Die Redaktion veröffentlicht Zuschriften, die sich nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers decken.
Aus redaktionellen Gründen werden ggf. Kürzungen vorgenommen.

Grundgesetzänderung ist not-wendig

Interview mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Harald Ringstorff

Die Rostocker Krawalle sind kaum einen Monat her. Sind wir mittlerweile schon wieder zur Tagesordnung übergegangen?

Leider ist es so, daß scheinbar alles zum normalen Alltag zurück gekehrt ist. Es hat den Anschein, daß mit der Installation des Untersuchungsausschusses nun die Dinge erst mal weit weggeschickt wurden. Mich hat überhaupt etwas befremdet, daß in dieser ganzen Angelegenheit besonders der Innenminister ein lustiges, unbeschwertes Gesicht machen konnte. Ich glaube, wir hätten auf Grund der Rostocker Ereignisse doch allen Grund, etwas nachdenklicher zu werden. In der Bundesrepublik besteht für die Demokratie tatsächlich eine Gefahr von rechts.

Ganz so fröhlich wie in den ersten Tagen scheint Herr Kupfer ja nun doch nicht mehr zu sein.

Herr Seite ist sich bislang ja wieder einmal treu geblieben, es geht hü und hott. Einmal scheint er vorsichtig auf Distanz zu seinem Innenminister zu gehen, dann stellt er sich wieder deutlich vor ihn. Wenn der Ministerpräsident sich vor seinen Innenminister stellt, der nach meiner Ansicht dadurch, daß er keine Versäumnisse erkennt, ein Sicherheitsrisiko für unser Land ist, dann muß man sich selbst fragen lassen, ob man selbst der richtige Mann am richtigen Platz ist.

Also haben wir wieder eine Situation erreicht wie vor wenigen Monaten als es eine schwere Regierungskrise gab?

So sehe ich das. Ich hoffe jetzt nur, daß der Untersuchungsausschuss schnell und zügig arbeitet, so daß es der Regierung nicht möglich sein wird, einfach zum normalen Tagesgeschäft überzugehen. Es ist ja auch schon fast zur Normalität geworden, daß täglich Nachrichten von Übergriffen auf Ausländerheime gemeldet werden.

Es darf einfach nicht sein, daß die Menschen solchen Nachrichten gegenüber völlig teilnahmslos werden und abstumpfen. Wenn das zur Normalität wird, dann sind wir

weit gekommen in der Bundesrepublik.

Aus ihrem nächsten Umkreis hat sich Ihr Fraktionssprecher Knut Degner vehement zu Wort gemeldet und darauf verwiesen, daß auf kommunaler Ebene auch Sozialdemokraten versagt



haben. Er hat dann nahezu zwangsläufig seine Stellung aufgeben müssen. Wird er das einzige personelle Opfer der Ereignisse in Rostock sein?

Na, ich würde nicht von einem personellen Opfer sprechen. Knut Degner hat selbst gesehen, daß sich das nicht verträgt mit der Funktion eines Sprechers in der SPD-Fraktion. Seine Vorwürfe

waren nicht gründlich recherchiert. Er hätte denen, denen er Vorwürfe macht, Gelegenheit geben müssen, sich zu äußern. Ich habe Verständnis dafür, daß er alles tun will, um die Dinge aufzuklären, aber ich kann es nicht akzeptieren, wenn Wertungen ohne gründliche Recherche abgegeben

Es wird in dem Zusammenhang der derzeitigen Ausschreitungen gegenüber Ausländern vermutet, daß willentlich die Behandlung von Asylanträgen verschleppt wird. Teilen Sie die Vermutung? Ist die Stimmung auf der Straße willkommener Anlaß, um politische Entscheidungen durchzusetzen?

Es gab in der Tat große Versäumnisse. Es wurde nicht alles unternommen, was bei bestehenden Gesetzeslage möglich war, um die Situation zu entkräften. Nachdenklich stimmt mich auch, daß sofort die Schuldigen klar waren: die SPD, die einer Grundgesetzänderung bisher nicht zugestimmt hatte.

Die SPD-Spitze hat zwei Tage vor den Krawallen auf dem Petersberg beschlossen, sich in der Frage der Grundgesetzänderung auf die CDU zuzubewegen. Wie stehen Sie dazu?

Die Diskussion über die GG-Änderung innerhalb der SPD dauert schon an. Wir haben im Mai auf einer Parteiratssitzung mehrheitlich beschlossen, daß eine Änderung des Artikels 16 im Rahmen einer europäischen Lösung möglich sein sollte. Diese Lösung ist der Bundesregierung nicht gelungen.

Warum jetzt der Vorstoß der SPD?

Die Situation hat sich zugespitzt und auch verändert. Es gibt immer mehr Asylbewerber, die wenig Chancen haben, anerkannt zu werden. Sie vernichten ihre Personalpapiere, so ist ihre Identität schwer feststellbar. Dann gibt es zunehmend Asylbewerber aus Ländern, wo die Anerkennungsquote gegen Null geht. Wenn man Listen von Ländern aufstellt, in denen keine Verfolgungen stattfinden, dann ist es möglich, Verfahren zu be-

schleunigen. Es ist in diesem Zusammenhang traurig, daß der Innenminister Seiters die 2400 Planstellen für Zirndorf nicht besetzt hat. Ich glaube, dann hätte der Berg von 400 000 unerledigten Verfahren deutlich kleiner sein können. Wir müssen eine klare Trennung durchführen zwischen Asylbewerbern, Bürgerkriegsflüchtlingen und Aussiedlern. In der Zahl der Asylbewerber, die bei 500 000 in diesem Jahr liegen wird, verstecken sich 200 000 Kriegsflüchtlinge. Wenn man dazu käme, die aus dem Asylverfahren herauszunehmen und ihnen einen Bleibestatus für die Zeit des Krieges zu geben, wäre viel getan. Es bleibt eine Illusion, durch eine Grundgesetzänderung die Probleme vollständig zu lösen.

Müßte es nicht ein Einwanderungsgesetz geben?

Das beträfe die sogenannten Armutsflüchtlinge. Auf alle Fälle muß verhindert werden, daß der, der nicht über die Einwanderung hereinkommen kann, das gleiche dann über das Asylverfahren durchsetzen will. Das Problem ist, daß wir das Wohlstandsgefälle abbauen müssen. Es muß allmähliche Übergänge geben. Die Bundesrepublik muß sich fragen lassen, ob sie denn alles dafür getan hat. Die Vereinten Nationen fordern, daß 0,7% des Bruttosozialproduktes für Entwicklungshilfe ausgegeben werden, doch die Bundesrepublik gibt nur etwa die Hälfte dieses Betrages aus.

Aber die SPD muß sich fragen lassen, versucht sie in der Asyldebatte, den Konsens mit der Gesellschaft zu suchen, um an die Macht zu kommen?

Hier wird versucht doch etwas mehr an die Realitäten heran zu kommen. Ich muß es noch einmal betonen, die Änderung des Grundgesetzes Artikel 16 löst die innenpolitische Problematik nicht. Man muß sich vor Augen führen, daß die ausländischen Mitbürger in den alten Bundesländern einen wesentlichen Beitrag zum Bruttosozialprodukt leisten. Führende Wirtschaftsunternehmen warnen davor,

Ausländer zu verteuern, einige Bereiche der Industrie und Dienstleistungen würden kräftige Einbußen erleiden oder gar zusammenbrechen. Ausländer liegen den Deutschen nicht auf der Tasche und nehmen keinem Deutschen die Arbeitsplätze weg.

Kommen wir auf unser Land. Sie haben auf der Sondersitzung des Landtages anlässlich der Ausschreitungen in Rostock einen Krisenstab einsetzen wollen, der Regierung Ihre Mitarbeit angeboten. War das ein Signal für Ihre Bereitschaft zur Großen Koalition?

Ich habe angeboten, Verantwortung mitzübernehmen auf dem Gebiet der inneren Sicherheit. Das heißt nicht, daß ich der Regierung eine große Koalition angedient habe.

Die Krise, in der wir jetzt stehen, ist ja umfassender und nicht auf Fragen der Sicherheit beschränkt. Ist die Regierung nicht manövrierunfähig?

Die Regierung taumelt von einer Krise in die andere, es wäre sicher angeraten gewesen, sich eine neue Legitimation durch Neuwahlen zu verschaffen. Natürlich kann die Opposition Zusammenarbeit anbieten. Das tun wir. Zum Beispiel in Finanzierungsfragen. Wenn es zu Vereinbarungen der Zusammenarbeit kommen sollte, dann kann es sich nur um eine kurze Phase handeln, der dann Neuwahlen folgen müssen.

Im nächsten Landtag werden die Rechten vertreten sein.

Das darf kein Argument gegen Neuwahlen sein. Wenn eine Landesregierung weiter so viele Fehler macht wie diese, dann schafft man zusätzlich Nährboden für die rechte Szene. Neuwahlen, die zu stabileren Verhältnissen führen, wären sinnvoll. Wenn die CDU meint, daß sie eine Politik im Sinne des Landes macht, dann braucht sie sich nicht vor dem Wähler zu fürchten.

Interview: Regine Marquardt

Asyldebatte verdeckt eigentliche Probleme

Altbundeskanzler Helmut Schmidt gab der Frankfurter Rundschau ein Interview, das wir in Auszügen wiedergeben:

Es gibt in den neuen Bundesländern Leute, die sagen, der Osten müsse die „Aufholjagd“ beenden, die Angleichung der Lebensverhältnisse sei Illusion. Sie folgern daraus, einen „dritten Weg“ zu gehen. Halten Sie das für richtig?

Der Ausdruck „Aufholjagd“ war von vornherein unglücklich, ist aber öffentlich selten gebraucht worden. Der Bundeskanzler hat die Vorstellung erweckt, das ginge alles ganz schnell: Sehr schnell würde mit der D-Mark, mit der Erstreckung des deutschen Marktes bis nach Cottbus und mit der Erstreckung des gemeinsamen europäischen Marktes bis nach Hoyerswerda oder Greifswald der Lebensstandard steigen. Diese Vorstellung war und ist falsch. Das dauert noch Jahre. ... Der schärfste Eingriff des Staates in die vorgefundene marode, auf Ostumsatz dressierte Ökonomie der ehemaligen DDR war ein doppelter, nämlich zu postulieren, wem die Fabrik vorher genommen worden ist oder das Mietshaus, dessen Enkel und Schwiegersöhne müssen es heute wieder kriegen.

Also Rückgabe statt Entschädigung.

Rückgabe enteigneter Vermögensbestandteile gekoppelt mit der absurden Idee, die Privatisierung in die Hand eines Konzerns von der Größe zu legen, wies es ihn in

der ganzen Welt außerhalb der Sowjetunion noch nie gegeben hat: die Treuhandanstalt. Es ist völlig undenkbar, daß selbst mit den besten Managern der Vereinigten Staaten von Amerika ein solch riesiger Konzern, der von den Radios bis zu kompliziertesten elektronischen Geräten alles zu bieten hat und infolge dessen nirgendwo richtig Bescheid wissen kann, erfolgreich geführt werden kann.

Halten Sie denn Entschädigung vor Rückgabe noch für machbar?

Das ist sehr schwierig. Ich würde es jedenfalls morgen versuchen.

Da stünde dann doch das Bundesverfassungsgericht dagegen.

Das glaube ich nicht! So weltfremd sind die Verfassungsrichter nicht, daß sie nicht erkennen, daß manches von dem, was im Einigungsvertrag drinsteht, so nicht bleiben kann. Der Einigungsvertrag ist nicht das Grundgesetz. Wenn der Bundestag es wollte, könnte er ihn morgen in vielen Punkten ändern.

Lassen Sie uns zu einem ebenso brisanten Punkt kommen: dem Asyl- und Einwanderungsrecht in Deutschland. Was würden Sie der Regierung heute raten, wie sie mit Einwanderung, Armutsmigration und Asylrecht umgehen sollte?

... die Vorstellung, daß eine moderne Gesellschaft in der Lage sein müßte, sich als multikulturelle Gesellschaft zu etablieren, mit mög-

lichst vielen kulturellen Gruppen, halte ich für abwegig. Man kann aus Deutschland mit immerhin einer tausendjährigen Geschichte seit Otto I. nicht nachträglich einen Schmelztiegel machen.

Dieser Teil Europas ist in der Historie ein Schmelztiegel gewesen, Frankreich ebenso wie Italien. Aber das ist vorbei. Weder aus Frankreich, noch aus Italien, noch aus England, noch aus Deutschland dürften Sie Einwanderungsländer machen. Das ertragen die Gesellschaften nicht ... Die Vorstellung, daß wir mehrere Kulturen nebeneinander haben könnten, habe ich immer für absurd gehalten. Sie ist idealistisch, aber völlig jenseits dessen, was die Gesellschaft bereit ist zu akzeptieren. Da wir in einer Demokratie leben, müssen wir uns auch ein bißchen nach dem richten, was die Gesellschaft will, und nicht nach dem, was sich Professoren ausgedacht haben.

Aber ist die „Festung Europa“ die Lösung?

Nein, das ist keine Lösung. Der Prozeß der Bevölkerungsexplosion muß weltweit gestoppt werden. ... Wenn wir, die Menschheit, dieses Problem nicht bewältigen, brauchen wir in dreißig Jahren nicht mehr über Deutschland als Einwanderungsland streiten. Wir werden de facto überschwemmt und sind darauf nicht vorbereitet. Wenn wir heute versuchen würden, uns darauf vorzubereiten, haben Sie alle zwei Jahre einen Regierungswechsel. Dann geht die Stabilität der Demokratie verloren.

Aber wir wollten vom Artikel 16 des Grundgesetzes reden. Der Artikel 16 schreibt nicht vor, daß wir alle zwölf Monate eine halbe Million Ausländer nach Deutschland hereinlassen sollen. Die Artikel-16-Debatte ist eine oberflächliche, die das eigentliche Problem verdeckt. Sie verdeckt aber auch, wie man praktisch diesen enormen Zustrom verringern könnte ...

Es muß mich doch überhaupt niemand hindern, für die Asylbewerber Lager zu bauen mit fließendem Wasser und Toiletten und anständiger Versorgung, um sie dort erst einmal unterzubringen, bis der Antrag geprüft worden ist. Weswegen müssen sie über das ganze Land verteilt werden, auf Schulhöfen in der Großstadt? Angeblich soll der Artikel 16 daran Schuld sein. Das ist Quatsch.

Der Lagerbau hat in Deutschland aber eine schwierige Geschichte.

Es ist jedenfalls besser, das zu tun, als sie den Familien in die Wohnung zu setzen, das kommt doch übermorgen, wenn es so weitergeht. Es hindert niemand die Bundesregierung oder die Landesregierungen, Lager zu bauen.

Es werden ja auch Kasernen gebaut. Es muß derjenige, der aus Bosnien oder aus Rumänien kommt, wissen: Er kommt ins Lager, möglicherweise so lange, bis sein Fall negativ entschieden worden ist, dann muß der Mann auch abgeschoben werden. Aber den Willen dazu sehe ich auch nicht.



Wie definieren Sie heute für sich „sozialdemokratisch“?

Nicht anders als vor dreißig Jahren.

Und das ist?

Ich bin doch hier kein Konversationslexikon, das fertige Definitionen aus dem Ärmel schütteln kann.

Aber wo wären Schwerpunkte für sozialdemokratische Politik?

Ich hätte zwei Schwerpunkte vorzuschlagen. Der eine ist der Ausbau der europäischen Gemeinschaft, der für das deutsche Volk dringend notwendig ist. Wenn die europäische Gemeinschaft zum Stillstand käme, würde eine erheb-

liche Gefahr entstehen. Unser Volk und die uns regierenden Politiker würden - nicht gleich heute, aber in zwanzig, dreißig Jahren - sich überheben im Verhältnis zu unseren Nachbarn. Es gibt in ganz Europa kein Volk mit so vielen Nachbarn wie die Deutschen. Das ist geopolitisch eine schwierige Lage. Selbst wenn wir immer von erstklassigen Leuten regiert werden wären, hätten wir es schwer gehabt, den Frieden zu wahren. Deswegen kann die europäische Gemeinschaft ein Segen werden für die Deutschen. Erhebliche Opfer der Deutschen zugunsten der europäischen Gemeinschaft sind also angemessen. Aber ich bin besorgt über die gegenwärtige Entwicklung.

Ein zweiter Schwerpunkt für mich als Sozialdemokrat wäre eine solide, besonnene, dem Volk die Wahrheit sagende Anstrengung zur Reorganisation der beiden Teile Deutschlands ineinander, die sich wahrscheinlich über zwei Jahrzehnte erstrecken muß. Es geht nicht darum, die ehemalige DDR zu integrieren, sondern es geht um eine gegenseitige Reintegration, nicht nur ökonomisch, sondern insbesondere geistig, psychisch und pädagogisch.

Und was das Wahrheitsagen anbetrifft: Da gehört eben dazu, daß man dem westlichen Teil des Volkes sagt: „Wenn die Reintegration gelingen soll, wird in keinem Fall der westdeutsche Teil des Volkes für die nächsten Jahre Zuwächse im realen Nettolohn erleben.“

Bildung/Soziales

Bargeldlos in die Familienpleite

Seinen letzten Termin nahm der Hamburger Hartmut Zenker nicht mehr wahr. Im Amtsgericht, Abteilung Zwangsvollstreckung, warteten Gerichtsvollzieherin Stefanie Zeidel und eine Rechtspflegerin vergeblich auf den 36-jährigen Baufacharbeiter. Er sollte eidlich bekräftigen, ein Habenichtes zu sein. Nicht gerade ein umwerfender Fall für die Justiz der Hansestadt, eher Neunzig-Sekunden-Routine - „Der Nächste bitte!“ Wie üblich und rechtens in solchen Fällen erging gegen den Säumigen Haftbefehl; Zeidel schritt zum Hausbesuch. Nicht zum erstenmal, Zenker gehörte zu den „alten Kunden“. Doch mit

Einzelfall?

Mitnichten: Bis auf das tragische Ende ist der Fall Zenker geradezu modellhaft. Vier von fünf Alkoholikern versuchen auf dem wunderlichen Wege über den Dusei ihre Schulden zumindest zeitweise zu relativieren. Ebenso viele Ehen zerbrechen an den roten Zahlen im Haushaltsbudget. Jeder zweite westdeutsche Haushalt gilt gegenwärtig als verschuldet - doppelt so viele wie noch Mitte der siebziger Jahre. Die Zahl der „überschuldeten“ Familien dürfte nach Experten-Schätzungen bei 1,5 Millionen liegen. Oft trennt „nicht mehr als ein hauchdünner Firnis von heiler Welt“ die Verschuldeten von den überschuldeten Familien, wie Verbraucherschützer aus der Praxis wissen. Mit nahezu 5 000 Mark steht statistisch jeder Westdeutsche - ob Säugling, ob Greis - nur für Konsumkredite in der Kreide. Nur jedes dritte Auto wird bar bezahlt, nur zwei von fünf Geräten der gehobenen Unterhaltungselektronik. Eine neue Wohnungseinrichtung wird in acht von zehn Fällen zumindest zum überwiegenden Teil mit gepumptem Geld finanziert. Selbst der Kleiderschrank wird zunehmend auf Pump mit Klamotten gefüllt, die schneller aus der Mode kommen als sie bezahlt sind. Auch der Jahresurlaub kann später abgestottert werden. Allein 1991 wurde der private Konsum mit 28,6 Milliarden Mark aus teuren Krediten finanziert - ein Fünftel mehr als im Jahr zuvor; fast dreimal soviel wie noch 1987.

Den Bürgern der neuen Bundesländer ist Schuldenmachen nur vermeintlich fremd. Weder Banken noch Versandhäuser sind zwar bereit, über die neue Kundschaft ein fieses Wort zu verlieren, aber unterderhand ist zu erfahren, daß so manchem die Verlockungen des totalen Angebots über den Kopf gewachsen sei. So gilt beispielsweise für Ost-Kunden noch so etwas wie eine stillschweigende Kredit-Prolongation - eine Nachsicht, die in den ersten Jahren des kreditfinanzierten Konsumrausches im Westen auch galt. Sie wird, die Bräuche sind streng, im

Mit rund 750 Milliarden Mark stehen private Haushalte derzeit in der Kreide; ein Drittel davon sind reine Konsumkredite. Allein im vergangenen Jahr kauften die Bundesbürger für fast 30 Milliarden Mark auf Pump ein - annähernd dreimal soviel wie fünf Jahre zuvor. Schuldnerberatungen haben Hochkonjunktur und schier aussichtslose Wartelisten, gelten doch anderthalb Millionen Haushalte als überschuldet. Schuldenmachen, noch vor einer Generation Merkmal unsolider Lebensführung, wird zur Normalität. Wer zahlt die Minusrechnung?

Osten kürzer als im Westen sein. Die wirtschaftliche Schiefelage schlägt nachhaltiger durch als in den westlichen Ländern und trifft gänzlich unvorbereitete Menschen, die von der verheißenen schnellen Erfüllung langgehegter oder auch aufgeschwatzter Wünsche wie von einer Lawine überrollt wurden.

Aussagefähige Zahlen liegen nur deshalb nicht vor, weil zwischen Rügen und dem Rieseengebirge so etwas wie ein „vollstreckungsfreier“ Raum entstanden ist. Kaum jede zehnte Gerichtsvollzieherstelle ist dort besetzt, Rechtspfleger kommen gerade noch nach, die eingehenden Schuldtitel zu sortieren. Schuldner dürfen sich weithin auf unzulängliche Anschriftenverzeichnisse verlassen. Schon melden westdeutsche Vollstreckungsbeamte einen „Wandertrieb“ ihrer Stammkundschaft nach Sachsen, Thüringen und - am liebsten - Berlin, ehemals Ost. Wer in Freiburg oder Stuttgart, in Düsseldorf oder Hamburg „alles ausgereizt“ hat, der kriegt in den neuen Bundesländern meist nochmal eine Chance.

Mit der heißersehten DM kamen im Juli 1990 auch die Westbanken, die Versandhäuser, die „Billigen Jakobs“, die Kaffeefahrten-Veranstalter und die schieren Ganoven über's weithin gutgläubige Ost-Volk - und sahten kräftig nicht nur ab, was bei der Währungsumstellung übrig geblieben, sondern auch gleich noch, was künftig zu erwarten war. Die Klein-Rentnerin mit den zwei Dutzend Zeitungsabonnements in Pankow, die alleinerziehende, arbeitslose Mutti mit zwei Lebens- und drei Ausbildungsver sicherungen in Schwedt sind keine böswilligen Erfindungen der jeweiligen Lokalpresse, sondern Routine auch für die wenigen Vollstrecker.

So wird dem Osten noch bevor-

stehen, was sich im Westen längst als unguete Kehrseite der Konsumgesellschaft gezeigt hat: Jeden Tag heben in den 550 Amtsgerichten zwischen Nord- und Bodensee rund 1 100 Bundesbürger die Hand zum Eid, erklären ihre Mittellosigkeit - und können anschließend in ihr meist ausgeplündertes Zuhause zurück. Dreißig Jahre hängt ihnen nicht nur ihr Schuldenberg wie ein Mühlstein am Hals, sie gelten auch als unsichere Kantonisten, haben

beits- und Sozialämter wissen darum. Ein Sachbearbeiter im Hamburger Sozialamt: „Einer ledigen Mutter von zwei Kindern zahlen wir einschließlich Miete rund 2 200 Mark unpfändbare Sozialhilfe. Würde sie arbeiten gehen, könnte man sie auf knapp 1 800 Mark herunterpfänden. Wer will denn da noch arbeiten?“

„Viele wissen nicht einmal, daß sie längst bankrott sind.“ sagt Peter Zurmühl, Referent für Schuldnerberatung beim Diakonischen Werk, „weil die Schuldner-Karrieren immer länger werden.“ Bei mindestens dreieinhalb Millionen Familien türmten sich die Schulden - ohne Baufinanzierungen - zu einem unüberschaubaren Berg von mehr als 60 000 Mark auf. Für die Vollstreckungsbeamten Zeidel und Kramer sind es „alles andere als seltene Fälle, daß die Schulden das Fünffache oder gar Zehnfache eines Jahreseinkommens ausmachen.“ Bei solchen Schuldnern ist „praktisch nie mehr etwas zu holen, sie stecken lebenslänglich im Schuldur.“ Wie auch: Beim gegenwärtigen Zinsniveau und beim verbreiteten System der Teilzahlungsbanken, kräftig mit Zuschlägen, Extrakosten und Anwaltsgebühren zuzulangen, kann sich eine 50 000-Mark-Verbindlichkeit in drei Jahren verdoppeln - und mehr. Beispiel: Im Fall Zenker mauserte sich der Rückstand aus einer 98-Mark-Miete für einen Fernseher binnen drei Jahren zu einem 30 Jahre gültigen Schuldtitel über 1 100 Mark. Der Casus hatte immerhin drei Anwälte und zwei Inkassobüros teilzeitbeschäftigt.

Da wird auch der bei Zenker am Ende registrierte Freitod immer häufiger, wie die längst alarmierten Wohlfahrtsverbände feststellen. Von rund 11 000 bundesdeutschen Suizidfällen 1991 dürften

um die 8 000 ihren letzten Grund in einer ausweglos erscheinenden wirtschaftlichen Situation gehabt haben. Tausende anderer, vielfach ehemals brave Familienväter oder -mütter rutschen in die Nichtseßhaftigkeit ab. Von den 140 000 behandelten Alkoholikern der Republik haben über 90 Prozent hohe

Schuldner-Beratung für Arbeitslose

Das Schweriner Arbeitslosenzentrum hat seit dem 1. September sein Angebot erweitert, um insbesondere in Not geratenen Arbeitslosen, von Arbeitslosigkeit Bedrohten und Vorrustständlern aus schwierigen Situationen zu helfen. Das Zentrum bietet Mitbürgern, die durch Erwerbslosigkeit unverschuldet in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind, kostenlos seine Hilfe an. Jeder, der Rat und Unterstützung beim Abbau des Schuldenberges sucht, kann sich an das Arbeitslosenzentrum wenden.

Sprechstunden finden täglich ab 9.00 im SALZ, Wis-

Schulden, die bezeichnenderweise aus ihrer „trockenen“ Zeit stammen. Daß auch ein bedeutender Anteil der Eigentumskriminalität auf das Konto hoher Verschuldung und durchaus rührendem Mangel an einer Lebens-Perspektive geht, ist für Kriminalisten und Juristen eine Binsenweisheit.

Ein Leben auf Pump zu führen war noch nie so leicht. Bis zum finanziellen Kollaps einer Familie, der sich noch vor 30 Jahren nach wenigen Monaten herausstellte, können heute Jahre vergehen. Die Vergabebereitschaft von Privatkrediten der Banken wucherte schneller als die Einkommen - inzwischen, so ermittelten Experten der Caritas, hat eine brave vierköpfige Familie mit einem Einkommen von 3 600 Mark problemlos Zugriff auf annähernd 85 000 Mark Konsumkredit. Bei der eigenen Bank. Die Verbreitung von Plastikgeld kann schon mal den Konsumrausch fördern. Und wer auf den Geschmack gekommen ist, dem mag es verlockend erscheinen, da und dort bei Versandhändlern den Kreditrahmen auszuerschöpfen. Der kann, je nach Versender, durchaus 20 bis 30 000 Mark betragen. Inzwischen, so die Schuldnerberater, schreibt die Wirtschaft Jahr für Jahr zweistellige Milliardenbeträge als „uneinbringlich“ ab. Die Zeche freilich bezahlen die besonnenen Bürger gleich dreifach: Zum einen setzen Kreditgeber ihre „Ausfälle“ steuermindernd ab, zum zweiten greifen sie sich über hohe Zinsen und Gebühren bei der redlichen Kundschaft ab, was sie leichterhand an die zweifelhafte verpulvern, letztlich zum dritten: Die Steuerzahler kommen über die Sozialhilfe auf für jene Mitbürger, die den Verführungen des allzeit präsenten Geldes erlegen sind.

Seit es keine Lohntüten mehr gibt, seit man ganz bargeldlos in eine fulminante Pleite rutschen kann, scheint es wohl nicht mehr nur Kleinkindern so, als stünden an jeder Straßenecke Goldesel in Gestalt von Bankautomaten, denen man beliebig seinen Bedarf an hübschen neuen Banknoten entnehmen könnte. Aber sie werden jetzt großzügiger, die Esel, ab Neujahr 1993 spucken die Automaten der Deutschen Bank statt der popeligen vierhundert gleich tausend Mark aus. Ein biblischen Mehrarbeit für die Männer und Frauen aus der Zunft der „Geldentreiber“ freilich wird es schon geben.

Ulrike Zielke



Verhaftung war da nichts mehr: Das Protokoll des letzten Besuches in Zenkers schäbiger Behausung schrieb die Polizei - das Dokument eines Freitodes.

Dabei lag die einstmals heile Welt der Zenkers mit Eigenheim und Mittelklasseauto, Mallorca im Sommer und fröhlichen Gartenfesten mit den Nachbarn gar nicht so lange zurück. Ein Dutzend Fotoalben, unpfändbar, geben schnappschußweise Auskunft über eine junge, offenkundig glückliche Familie. Erst drei Jahre vor dem fatalen Termin war die kleine Welt aus den Fugen geraten. Vater Hartmut Chef war über Nacht in die Pleite geschliddert. Just zur selben Zeit entband Helga Zenker den dritten Sprößling und mußte deshalb ihren Halbtagsjob als Kassiererin an den Nagel hängen. Das Familieneinkommen von mehr als 5 000 Mark reduzierte sich praktisch von einem Tag auf den anderen auf weniger als die Hälfte. Das entsprach ziemlich genau dem, was Zenkers Monat für Monat abzustottern hatten: Finanzierung von Haus und Auto, eine eben angeschaffte Polstergarnitur, der neue Fernseher.

Die Banken hatten ein „Einsehen“. Sie schuldeten einmal, noch einmal und noch einmal. Nicht üblich - und nicht ungefährlich - in solchen Fällen. Denn statt einer schlechten Anpassung der monatlichen Raten gab es neue Kredite mit „angepaßten“ Zinsen, mit denen die alten abgelöst wurden - die Kosten der Umschuldungsaktion erhöhten den Schuldenbestand bald um ein Fünftel.

Zenker begann sich Optimismus anzutrinken. Wenn er sich bei der Stellensuche einen Tag lang die Hacken abgelaufen hatte, betrank er sich aus Frust. Als bald nutzte er den Ungeist aus der Flasche auch als Mut- und Muntermacher, was weder seine Bewerbungschancen erhöhte noch dem Hausseggen oder gar der Haushaltskasse dienlich war. Die Folge: Anderthalb Jahre später war die Ehe geschieden.

Eine Verschuldungskarriere, wie sie im Buche steht. Haus, Auto und halbwegs zu versilbernde Wertgegenstände der Familie waren rasch weggepfändet, ohne den Schuldenberg auch nur nennenswert zu mindern. Mit dem Abrutschen vom Arbeitslosengeld in die Arbeitslosenhilfe sank das Einkommen weiter. Zu den drückenden Ratenverpflichtungen kamen nun noch Unterhaltspflichten für Frau und Kinder, der doppelte Haushalt. Ein

Esel, (zwangsvoll-)streck' dich!

Wie schön und einfach es ist, Schulden zu machen: Ergebnis ist stets eine Verschuldung als Anleihe auf künftiges Einkommen. Wenn sich dann herausstellt, daß man sich verkalkuliert hat, stellt sich das Zivilrecht als ausgesprochen ungnädig heraus.

Für jeden Schuldner gilt: Geld hat man zu haben. Ausgangspunkt für diesen Merkspruch ist der Grundsatz in § 275 BGB Abs. 1, wonach ein Schuldner von der Leistungspflicht freikommt, wenn ihm die Leistung aufgrund eines von ihm nicht verschuldeten Umstandes unmöglich wird.

Aber bevor der unverschuldet (d. h. ohne Vorsatz und Fahrlässigkeit) in finanzielle Nöte geratene Schuldner in Frohlocken ausbrechen kann, wird ihm in § 279 BGB bedeutet, daß dafür kein Anlaß besteht. Eine Geldschuld ist eine Gattungsschuld, d. h. geschuldet wird nicht ein bestimmter Geldschein oder eine bestimmte Münze, sondern der Betrag in gültigem Geld. Und im Falle einer Gattungsschuld kommt der Schuldner erst dann gem. § 275 BGB frei, wenn es kein Geld mehr gibt. Geld muß man halt haben.

Eine weitere - und ungleich problematischere - Regelung findet sich in der Nähe dieser Vorschriften. In § 367 BGB wird nämlich die definitive Regelung für die Anrechnung von Zahlungen auf eine verzinste Forderung getroffen. Danach sind derartige Zahlungen zunächst auf gegebenen-

falls angefallenen Kosten, sodann auf die Zinsen und dann erst auf die Hauptschuld angerechnet. Von der Zinsen verursachenden Hauptforderung kommt der Schuldner also erst ganz am Schluß herunter. Will er eine grundsätzlich mögliche - andere Bestimmung treffen, so kann der Gläubiger die Leistung ablehnen. Das wird ein Kreditinstitut regelmäßig tun. Dabei mache man sich die Interessenlage klar: Ein Kreditinstitut verdient nicht an der

gesamte Bereich der Existenzgründung befindet sich damit noch unter dem Damoklesschwert des § 367 BGB, der das Freikommen so schwer macht.

§ 367 BGB kann von den Parteien eines Kreditvertrages einvernehmlich abgeändert werden. Bei Kreditinstituten wird man da jedoch wenig Bereitschaft finden, wie sich aus der bereits geschilderten Interessenlage ergibt.

Leistet der Schuldner nicht - z. B. weil er nicht kann - so wird der Gläubiger regelmäßig die Durchsetzung seiner Forderung betreiben. Sein Ziel wird es sein, auf das Vermögen des Schuldners zurückzugreifen. Das geht jedoch nur im Wege der Zwangsvollstreckung, sei es durch den Gerichtsvollzieher mit seinem Kuckuck bei der Sachpfändung, sei es durch den gerichtlichen Pfändungs- und Überweisungsbeschluß bei der Forderungspfändung, z. B. bei der Gehaltspfändung.

Für eine solche Zwangsvollstreckung braucht der Gläubiger aber einen sogenannten „vollstreckbaren Titel“. Dabei kann es sich um ganz verschiedene Dokumente handeln, regelmäßig wird es ein rechtskräftiges Zahlungsurteil am Ende eines Gerichtsverfahrens, ein wirksam vereinbarter und gerichtlich protokollierter Vergleich oder ein rechtskräftiger Vollstreckungsbescheid sein. Um diese zu erlangen, muß er entweder vor dem zuständigen Gericht

Klage erheben oder ein gerichtliches Mahnverfahren einleiten.

Bei der Zwangsvollstreckung sind dem Zugriff des Gläubigers Grenzen gesetzt. Ein sogenannter „Pfändungsfreibetrag“ muß dem Schuldner bleiben. Der Alleinstehende ohne Unterhaltspflichten wird bei einem monatlichen Verdienst von 1.500 Mark netto daher nur 522,70 Mark gepfändet bekommen.

Die Befriedigung des Gläubigers soll nicht indirekt auf Kosten des Steuerzahlers erfolgen, wenn der Schuldner seinen Lebensunterhalt sonst über Sozialhilfe bestreiten müßte.

Wird der Gläubiger schließlich durch die Zwangsvollstreckung nicht zufriedengestellt, kann er beim Amtsgericht beantragen, daß der Schuldner eine Aufstellung seines Vermögens abgibt und deren Richtigkeit an Eides statt versichert. Dabei handelt es sich um den berühmte-berüchtigten Offenbarungseid, der eben heutzutage kein Eid mehr ist, sondern nurmehr eine eidesstattliche Versicherung.

Ändert sich an den Vermögensverhältnissen des Schuldners nichts, so kann er erst nach Ablauf von drei Jahren wieder zur Wiederholung der eidesstattlichen Versicherung verpflichtet werden. Das zuständige Amtsgericht führt über die abgegebenen eidesstattlichen Versicherungen übrigens ein Schuldnerverzeichnis, in dem diese eingetragen werden. Uwe Jahn, Rechtsanwalt

von Rechts wegen

Rückzahlung der Hauptforderung, sondern an einer möglichst langen Laufzeit zu vorteilhaften Zinsen. Für Verbraucherkredite wurde diese Tilgungsreihenfolge zwar abgeändert, gem. § 11 Abs. 3 Satz 1 des Verbraucherkreditgesetzes sind Zahlungen zunächst auf die Kosten der Rechtsverfolgung, dann auf die Hauptforderung und erst zuletzt auf die Zinsen anzurechnen.

Aber die Kredite, die ein normaler Verbraucher so aufnimmt, sind noch lange nicht alles Verbraucherkredite im Sinne des Gesetzes. Insbesondere Kredite für die eigene gewerbliche oder selbständige berufliche Tätigkeit



Die Straßenschilder erinnern an die Zeit, als Kieler Hafnarbeiter ihre Lohntüten nicht nach Hause brachten, weil sie unterwegs „versackten“.

Fotos: amw

beim gegenwärtigen Wohnungsmarkt kaum eine Chance unterzu-

Wirtschaft/Umwelt

Die Städte proben den Aufstand

Der Stadtwerke-Streit steht vor der Entscheidung

„Das ist ein Akt ostdeutscher Solidarität, sozusagen eine Art Aufstand gegen den Bund“. Der ansonsten so leise und freundlich wirkende Dr. Becker macht eine Kunstpause und blickt triumphierend in die Runde. Mit bitt'rer Miene setzt der neben ihm sitzende Braunkarierter die Brille auf, die er eben erst abgesetzt hat. Und der irgendwie gesamtverantwortlich wirkende Herr in Blau an der Stirnseite blickt stumm auf dem ganzen Tisch herum.

Sind wir bei der Einsatzbesprechung des Komitees für Gerechtigkeit? Geht's jetzt los gegen Bonn? Weit gefehlt: Wir sitzen im Konferenzraum des „Nahverkehr Schwerin“, die Herren vertreten die Stadtwerke der Landeshauptstadt, und der bedeutungsvoll schmunzelnde Dr. Becker spielt mit seinem Revolutions-Satz auf nichts anderes an als auf die Verfassungs-Klage gegen den sogenannten „Stromvertrag“, die er für die ostdeutschen Kommunen in Karlsruhe vertritt.

Ginge es nach den westdeutschen Energieversorgungsunternehmen (EVU's), gäbe es diesen aufpöppeligen Schweriner Herren-Kreis gar nicht: Denn Stadtwerke, die in eigener kommunaler Regie die Energie- und Wasserversorgung, die Abwasserbeseitigung und den Nahverkehr regeln, haben keinen Platz im Konzept der Energiegiganten, die längst ihre östlichen Claims abgesteckt haben und nichts wollen als in Ruhe und zu von ihnen diktierten Konditionen Strom verkaufen.

Als die DDR unterging, wußte die linke Hand oft nicht, was die rechte tat: Während die letzte (und immerhin demokratisch gewählte) Volkskammer den Gemeinden das eherne Besitz-Recht an den Anlagen und Netzen der alten Energiekombinate zusprach, verhödete der letzte Energieminister die gleichen Anlagen und Netze an die westlichen EVU's. Unterdessen hielten die Städte schon deshalb an ihren im übrigen auch im Einigungsvertrag festgeschriebenen Ansprüchen auf die Strukturen der Energieversorgung fest, weil sie sich - bettelarm und mit schier unlösbaren Problemen überhäuft - aus der Tätigkeit eigener Stadtwerke eine ebenso zuverlässige wie lukrative Einnahmequelle erhofften. Logische Konsequenz: Die gemeinsame Verfassungsklage in Karlsruhe, über die Ende Oktober dieses Jahres endlich entschieden werden soll.

Und so halten die Konfliktpartner bis heute an ihrer jeweiligen Hälfte der Wirklichkeit fest: Die Städte schaffen mit ihren Stadt-

werken Organisationsmodelle, ohne über die dafür notwendigen Strukturen (spricht: Anlagen und Netze) zu verfügen und pochen für den Fall eines ungünstigen Verfahrens-Ausgangs auf ihr Wegerecht, die Energieversorgungsunternehmen ihrerseits verfügen über die Strukturen, versorgen zu ihren Konditionen drauflos und pfeifen auf die Organisationsmodelle der Städte. Ein Kampf auf Hauen und Be-Stechen: Die WEMAG, die den Bereich Westmecklenburg im Griff hat und beizeiten mit dem Geldköffchen auf die Bürgermeistereien gezogen ist, schafft im Umland der großen Städte mit für sie mündgerechten Konzessionsverträgen vollendete Tatsachen,

Kompetenz, - westdeutsche Städte, die sich in früherer Zeit die EVU-getragenen Konzessions-Lösungen haben überstülpen lassen, wünschen sich heutzutage wehklagend die Chance zurück, eine ebenso wirtschaftlich sinnvolle wie ökologisch verantwortbare Energie-Planung selber zu konzipieren. Das, woran die Kommunen interessiert sein müssen: Dezentrale Strom-Versorgung und -Produktion mittels Blockheizkraftwerken, wäre im ostdeutschen Neuanfang greifbar möglich, wenn es denn wirklich ein Neuanfang wäre und nicht das schiere Abkupfern der westlichen Entwicklung mitsamt all ihren Fehlerquellen. Daß auch materielle Interessen den Drang der Neuländer-Kommunen nach energiepolitischer Handlungsfreiheit tragen, ist dabei normal und diskreditiert nichts und niemanden, - denn wenn schon Geld zu verdienen ist mit dem Verkauf von Strom und Gas, dann spricht nichts dagegen und alles dafür, dies Geld abgestimmter, demokratisch gewachsener Gesamtplanung anheimzustellen, statt es im Detail skrupellosen und im Ganzen unbeherrschbaren Großverdienern zu überlassen.

Man muß den Schweriner Trotzköpfe Erfolg wünschen, - wie all ihren Compagnons zwischen Rostock und Freiberg/Sachsen. Sie wollen nicht nur an's Geld, sondern auch und gerade an die Verantwortung, die sie wahrnehmen können müssen, um vernünftige Kommunalpolitik mit regionaler Ausstrahlung und nicht kurzgedachtes Stückwerk abzuliefern. Hätten wir eine verantwortungsbewußte Bundes- und eine handlungsfähige Landesregierung, beide müßten sich - entgegen dem gegenwärtigen Augenschein - mächtig in's Zeug legen, den von staatlichen Aufträgen und Maßgaben so abhängigen Energieversorgungsunternehmen Korsettstangen zu verpassen. Zurückfahren des Energie-Verbrauchs durch vernünftige Zielplanung (nach den flotten Töpfer-Reden von Rio eigentlich eine Selbstverständlichkeit) und Geldverdiensten zum Geheihen der kommunalen Entwicklung einschließlich des vom Gewinn-Verlust-Ausgleich kräftig profitierenden Öffentlichen Personennahverkehrs sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Ein Idiot, wer diese Chance nicht ergreifen wollte. In diesem Sinne: Viel Glück, Schwerin.

Michael Will

Herrn Conrads Gewerbe

Welchen Posten Peter-Uwe Conrad auch bekleidet, der nächste Müllskandal ist nicht weit. So war's schon zur Barschel-Zeit, als er in seiner damaligen Eigenschaft als für „Umweltfragen“ zuständiger Ministerialdirigent in Kiel dubiosen Müllhändlern Genehmigungen für Abfallexporte auf die Deponie in Schönberg verschaffte und sich für Schmiergeldzahlungen mit vertraulichen Schönberg-Gutachten revanchierte, die sein Schwartauer Müll-Spezi Hilmer an Schalck-Goldkowskis für Schönberg zuständige KoKo weiterreichte; und so ist's auch heute noch, - mit dem kleinen und für Conrad und seine Freunde aus der westdeutschen Müll-Mafia feinen Unterschied, daß der Mann nun als Staatssekretär im Schweriner Umweltministerium für die Deponie Schönberg sozusagen die politische Gesamtzuständigkeit hat. Und seine Ministerin versteht von Müllpolitik in ihrem zweiten Amtsjahr so viel wie im ersten: Nichts.

Die Zahlen belegen denn auch das Gegenteil dessen, was Alle nach der Wende erwartet und Viele in Ost und West gefordert hatten: Die Müllimporte nach Schönberg steigen dynamisch, allein 1991 wurden 1,2 Millionen Tonnen abgekippt. Probaterweise ist Conrad zugleich auch Geschäftsführer der landeseigenen Gesellschaft für Abfallwirtschaft und Altlasten (GAA), der die Deponie gehört, seit sie im Juli dieses Jahres von der Treuhandanstalt für zehn Millionen Mark gekauft hat, die nirgendwo im Landeshaushalt ausgewiesen sind. Die Bewirtschaftung hat der Staatssekretär der Deponie-Management-Gesell-

schaft (DMG) übertragen, an deren Spitze wiederum der altbekannte Schwartauer Müll-Unternehmer und KoKo-Mittelsmann Hilmer steht; und die Bewirtschaftungsgesellschaft hält ihrerseits noch eine Firma unter Vertrag, die Schönberg betreibt.

Jetzt strengt sich Staatssekretär Conrad mächtig an zu beweisen, daß am Schönberger Müll-Buckel nicht auch noch hümpelweise Steuergelder versickert sind. In seiner Presseerklärung vom vergangenen Freitag beweist er allerdings lediglich, daß es wirt und undurchsichtig hergeht im Müll-Land Mecklenburg: „Der Deponiekontrahent wurde aus einem Darlehen bestritten, das die Betreiber-Gesellschaft der Deponie zur Verfügung gestellt hat“. „Die Betreiber-Gesellschaft wurde aus einer Vielzahl von Bewerbern nach dem Gesichtspunkt der Investitionstätigkeit in Mecklenburg-Vorpommern ausgewählt“; und, als wäre das ein alle weiteren Fragen erübrigendes Güte-Siegel: „Der Energiekonzern VEBA hat in der Betreiber-Gesellschaft die Mehrheitsbeteiligung“. Im Klartext: Die Landesregierung hat eine Art Bestands-Garantie für das müllpolitische Bermuda-Dreieck aus Abfallwirtschaftsgesellschaft und Betreiberfirma übernommen; darin verschwinden jede Menge Müll, jede Menge Staats-Geld und - beiläufig - das letzte Bißchen noch verbliebener ökologischer Glaubwürdigkeit des Landes.

In welchem Geist im Hause Uhlmann/Conrad Müllpolitik betrieben wird, unterstreicht der Staatssekretär in Punkt drei seiner Erklärung: da wird mit den Summen

geprunkt, die das Land am Müll-Import verdient, als ginge es um die Verwaltung der Eintrittsgelder zur Besichtigung eines Naturwunders. „Bei einer alljährlichen Anlieferungsmenge von einer Million Tonnen Abfall“, heißt es hier, „beträgt die Höhe des dem Land zur Verfügung stehenden Entgeltes jährlich 30 Millionen Mark“. Und, wohl als kleines ökologisches Schmankerl am Rande gedacht: „Die mengenabhängige Pachtgebühr wird für Beratungs- und Service-Leistungen zum Aufbau moderner Abfallentsorgungsstrukturen und für Altlastensanierung in Mecklenburg-Vorpommern aufgewendet“. Aus dem ach so verantwortungsvollen Umgang mit der Portokasse soll der Betrachter also die Zuversicht ziehen, daß auch sonst alles in bester Umwelt-Ordnung ist im Staate Mecklenburg, - welch ein fauler Zauber.

Tonnen-Denken, egal worum's geht, Geldbeschaffung, egal wie und wofür, - mehr und anderes hat MeVoPo in der Sparte „Ökologie“ politisch derzeit nicht zu bieten. Und man hat die richtigen Leute aus Westdeutschland geholt, das denkbar Falsche zu tun: Eine Umweltpolitik zu betreiben nach dem für jeden mit Korruptions-Geldern winkenden Investor gewinnbringenden Motto „Not kennt kein Gebot“. Etwas viel Dümmeres hätte auch einem Einheimischen nicht einfallen können. Aber womöglich doch - bei ein bißchen Bemühung und ein bißchen viel mehr Interesse am Land und seiner Zukunft - etwas Gescheiteres. Für den politisch rabenschwarzen Herrn Conrad gilt: Der Mohr hat sich schuldig gemacht, der Mohr kann gehen. m. w.



Katastrophe der Klima-Politik?

Nicht lang her, da hörte und sah man Klaus Töpfer in Rio de Janeiro beim weltgrößten Umwelt-Foto-Termin gar schneidige Reden für die ökologische Wende führen. Gegen Ende der Feldwaldwiesenerrettungskonferenz von Rio kam dann noch der Bundeskanzler dazu und half seinem Umweltminister beim Hochhalten des guten deutschen umweltpolitischen Beispiels: Um 25 bis 30 Prozent, so die frohe Botschaft, wolle man den nationalen CO 2-Ausstoß der Bundesrepublik bis zum Jahr 2005 zurückführen. Und wenn nicht alle ganz schnell diesem guten deutschen Klimaschutz-Beispiel folgten, sei sowieso alles aus. Die deutschen Umweltschützer waren beeindruckt, obwohl niemand so recht wußte, mit welchem Instrumentarium der Minister die versprochene Kehrtwende hätte einleiten und durchsetzen können: Kein Gesetz, keine Verordnungen, keine Übereinkünfte mit den industriellen Produzenten waren unter Dach und Fach oder auch nur in Sicht, das ökologische Wundewunder zu wirken. Und in Brüssel konterkarierten die Vertreter der Bundesrepublik unterdessen die Bemühungen des EG-Umweltkommissars Carlo Ripa di Meana

um die Einführung einer europäischen Umwelt-Steuer.

Töpfers Wort war denn auch wohl mehr für Gottes Ohr als für das der irdischen Entscheidungs-Träger bestimmt: In der vorvergangenen Woche erklärte der Minister wie nebenbei, die zuvor im Stile einer definitiven Selbstverpflichtung in Aussicht gestellte CO 2-Reduktion sei innerhalb des genannten Zeitraums nicht annähernd zu schaffen. Töpfer vollzog damit nur die bereits am Vortag veröffentlichte Feststellung der deutschen Energieversorgungsunternehmen (EVU's) nach, lediglich zwölf Prozent CO 2-Einsparung seien erreichbar, und selbst die nur unter „besonders günstigen Bedingungen“, das heißt im Klartext: gar nicht. Damit kann die PR-Aktion „Klima-Wende“ endgültig als solche abgehakt werden.

Als die Klima-Enquete-Kommission des Bundestages seinerzeit ihren Report nebst Handlungsempfehlungen präsentierte, war die Betroffenheit auch der Politiker groß. In Bonn wurde mit einmahl geredet wie nach einer umweltpolitischen Massen-Erleuchtung: Selbstbegrenzung, ökologischer Umbau, Abkehr vom

Auto-Wahn, - kein Begriff war zu radikal, kein Wende-Szenario zu einschneidend, selbst von zuvor verstockt schweigenden CDU-Hinterbänklern mit ökobitt'rer Begeisterung im Munde geführt zu werden. Und allen voran schritt der Umweltminister, der beifallsumrauscht Fristen und Prozente nannte.

Jetzt wissen wir, daß wir Zeugen einer Worthülsen-Radikalisierung waren: Die CO 2-Emissionen steigen unvermindert, und in Ostdeutschland werden die energiepolitischen Weichen oft genug im Stil der frühen westdeutschen Sechziger Jahre gestellt, als hätte es nie auch nur den Anflug einer Einsicht in veränderte Notwendigkeiten im Angesicht des Klimaschocks gegeben. Die Menschen haben schließlich andere Sorgen, also wird eine Politik nach dem Motto „nach uns die Sintflut“ getrieben, während die Wasser schon steigen. Gleichwohl wäre es fatal, wenn jetzt auch noch die Letzten vor dieser realen Absurdität resignierten. Denn die Energie-Wende, für die die Klima-Enquete den Handlungs-Rahmen vorgegeben hat, ist immer noch möglich. Man muß nur wollen.

Franz Maag

Verk. C 64 Bildschirm, Tastatur, Disk.-Laufwerk, 20 Disketten, 1 Joystick, Anschluß für TV u.v.m. Thomas Schmallowski, Golansker Str. 4, 2400 Wismar

Kellerentrümpelung! Zum Wegwerfen zu schade! Verkauft preisw. gedr. Gardinenstangen, Drechselholz, Elektroverteiler, Elektroart., Badarmaturen u.v. mehr, Tel. Schwerin 211895

Plattensee
Ferienhäuser
Tel.: 0049 / 95 63 / 14 36

Briefmarkensammlung zu verkaufen, Bundesrepublik v. 1969-1992, Berlin von 1972 - 1992 compl. mit Ersttagsblättern ab 1974. Helmut Schütt, Tel. 0 41 71 / 6 11 90 Fax 0 41 71 / 6 14 69

Fachliteratur sowie kompl. Ausarbeitungen für Unterrichtseinheiten der Fächer Kurzschrift und Maschinenschreiben sehr preiswert abzugeben. Tel.: (040) 6 55 07 06

Studentin sucht dringend zum 1. Oktober Zimmer in Schwerin. Zuschriften an: Manuela Döll, Heinrich-Mann-Straße 23, O-2080 Neustrelitz

Altes Emailschild der Mecklenb. Hagel- u. Feuerversicherung v. Sammler ges. G. Lang, Postf. 101142 W-7000 Stuttgart 10



Der große Babyausstatter auf 700 m² Betriebsfläche

Informieren Sie sich über unsere Herbst-Winter-Kollektion
● Stubenkörbchen kompl. + Himmel u. Decke 269,90
● Wickelaufgaben, Wickeltische ab 24,90
● Krabbeldecken ab 29,90
● Große Auswahl an MÖBELN!
Schwerin-Friedrichsthal · Lärchenallee 32
B 104 Richtung Gadebusch
Mo.-Fr., 9-18.00 · Do., -20.30 · Sa., 9-14 · Ig. Sa., -16 Uhr
Parkplatz vorm Haus

aner. Fachbetrieb für Denkmalpflege und Althauserhaltung

Restaurierung · Altbausanierung handwerkliche Spezialleistungen

Maurer und Stuckarbeiten · Zimmerarbeiten Tischlerarbeiten · Klempner- und Installationsarbeiten · Maler- und Tapezierarbeiten Schlosser, Schmiede, Gießer und Gürtler

Steinmetz- und Bildhauerarbeiten Dachdeckerarbeiten Bauberatung und Planung

Denkmalpflege Mecklenburg GmbH Telefon Schwerin 5291
Vor dem Wittenburger Tor 4a Telefax 81 25 97
2766 Schwerin

Wir bringen Ihre Anzeige!

- schnell...
- einfach...

Setzen Sie den Text Ihrer Wahl in den nebenstehenden Coupon ein - wir drucken ihn für Sie innerhalb einer Woche.

Und das ganze ist für

Privatanzeigen **kostenlos**

Für gewerbliche Kleinanzeigen beträgt der Preis pauschal 20 DM (max. 5 Zeilen) inkl. MwSt.

Eine besondere Rechnung wird nicht erstellt. Abdruck nur gegen Vorkasse (bar oder Scheck).

Bitte veröffentlichen Sie folgende Anzeige:

Absender	Name, Vorname	Unterschrift
Straße	PLZ/Ort	Telefon

Senden Sie Ihre Anzeige an: **MECKLENBURGER AUFBRUCH**
„Kleinanzeigen“ · Puschkinstr. 19 · O-2750 Schwerin

Kultur

Das Märchen vom mißbrauchten Sozialisten

Wolfgang Leonhard - einst ein Mann der Ulbricht-Gruppe

„Wolf Biermann habe ich nie leiden können und nie ernst genommen. Ich war froh, daß er in den Westen ging, nicht mehr zurück konnte und dort blieb. Ein unerster Mann.“ Bei den Gesprächen mit Paul Wandel kam mir der Gedanke, daß es offensichtlich Grenzen des Erkennens und der Bereitschaft zu neuen Betrachtungen gibt. Zu sehr sperrte sich Paul Wandel gegen neue kritische Erkenntnisse - denn dies hätte letztendlich bedeutet anzuerkennen, daß sechs Jahrzehnte seines Lebens und seiner Tätigkeit umsonst waren. Seine Biographie ist mit der politischen Idee und Zielsetzung so untrennbar verbunden, daß er mit 85 Jahren offensichtlich kaum die Kraft zu einem kritischen Gesamt-Rückblick finden kann.“

Paul Wandel war lange DDR-Volksbildungsminister. Ein Mann der ersten Stunde der DDR, wie Wolfgang Leonhard. Er war als Mitglied der Gruppe Ulbricht unmittelbar nach Kriegsende direkt aus dem Hotel Lux in Moskau nach Deutschland zurückgekommen und hat die Voraussetzungen für die Machtübernahme der KPD im Kleid der SED mitgeschaffen. Nach dem stalinistischen Coming out der SED, ihrer Gleichschaltung mit der KPdSU, hat er Ostdeutschland im Mai 1949 erst nach Jugoslawien und dann in die Bundesrepublik verlassen. Jetzt 1990 und 1991 macht er sich auf zu einer Spurensuche seiner politischen Jugend in der Sowjetunion und der alten DDR. Er besuchte die Schulen seines sowjetischen Exils in Moskau und führte Gespräche mit den wenigen Überlebenden der er-

sten Stunde. Das Ergebnis seiner „Spurensuche“ ist jetzt als Buch erschienen. Es ist als Ergänzungsband seines 1955 erschienenen Standardwerkes „Die Revolution entläßt ihre Kinder“ zu lesen. Dieses Buch hat Generationen in der Bundesrepublik Gelegenheit gegeben, die Wahrheit des DDR-Sozialismus und der SED-Herrschaft zur Kenntnis zu nehmen. Zu einer kritischen Meinungsbildung in der Linken der Bundesrepublik gegenüber dem Sozialismus hat es trotz seines Erfolges nicht beigetragen. Die DDR blieb bis zu ihrem Ende mit einem kaum durchdringlichen Schleier revolutionär sozialistischer Rechtfertigung geschützt. Leonhard selbst hat an diesem Mythos mitgestrickt. Das Bild, das er von sich in seinem neuen Buch zeichnet, ist das des ursprünglich gutwilligen Sozialisten, der wie Millionen andere, ohne es richtig zu begreifen, von Stalin mißbraucht worden sei. Auch das neue Buch gibt keine Antwort darauf, wieso er selbst, obwohl unmittelbarer Augenzeuge der stalinischen Mordprozesse, überhaupt noch bereit gewesen ist, in der Gruppe Ulbricht in Deutschland wieder anzutreten. Sein Erstaunen über die Unfähigkeit Paul Wandels, wenigstens jetzt Ansätze von Selbstkritik zu versuchen, setzt er jedenfalls nicht in eine selbstkritische Befragung der eigenen politisch-theoretischen Grundlagen um. Die Möglichkeit, daß der Sozialismus von Anfang an eben die falsche Antwort auf die Probleme der Moderne der menschlichen Zivilisation gewesen sein könnte, läßt er garnicht erst zu. Bei einer Diskussion in Berlin am 4. September erklärte er,

gescheitert sei nur der schmalspurige Marxismus-Leninismus, den sich die Herrschenden aus Marx und Lenin verfälscht zusammengezimmert hätten.

Es ist deshalb kein Zufall, daß in Leonhards Spurensuche das Entsetzen fehlt, das jeder Ex-DDR-Bürger heute spürt, wenn ihm klar wird, daß es die SED und ihre totale Ideologie gewesen ist, die ihm um die entscheidenden Chancen seines Lebens gebracht haben. Die Wut und der Haß auf Ausländer und Flüchtlinge, die in vielen ostdeutschen Städten zu beobachten sind, hat ihren Ursprung in dieser selbstrechtfertigen Geschwätzigkeit der Verantwortlichen, zu denen mit vielen Einschränkungen Leonhard eben auch gehört. Weil der Rechtsstaat mit gutem Grund Täter nur für konkrete Verbrechen aber nicht für ihre politischen Verbrechen zur Verantwortung ziehen kann, verlieren die Massenopfer der SED-Politik die Selbstbeherrschung. Das entschuldigt das Verhalten der Beifallklatzler in Rostock oder sonstwo keineswegs. Aber zur Selbstaufklärung der Ex-DDR-Bürger, die Voraussetzung für eine positive Beziehung zu den neuen Verhältnissen ist, trägt die sterile Geschichtsschreibung, die Leonhard in seinem neuen Buch vorträgt, kaum etwas bei. Leonhards Insiderblick, das verständnisvoll Vertraute, wird jedenfalls der für die Ostdeutschen so schmerzhaften Bilanz ihres Lebens in keiner Weise gerecht. Monika Marons kürzlich erschienener Roman „Stille Zeile Sechs“ trifft da viel genauer und brutaler den Ton, der die Selbstgefälligkeit der sich zu unschuldigen Opfern stilisierenden Verantwortlichen zerreißt

und zur Stellungnahme zwingt: „In dieser Minute begriff ich, daß alles von Beerenbaums (Wandels u.v.a.) Tod abhing, von seinem und dem seiner Generation. Erst wenn ihr Werk niemandem mehr heilig war, wenn nur noch seine Brauchbarkeit entscheiden würde über seinen Bestand oder Untergang, würde ich herausfinden, was ich im Leben gern getan hätte. Und dann würde es zu spät sein.“

Auch wenn die Kommunisten der ersten DDR-Stunde ehrliche Antifaschisten waren, im historischen Rückblick waren sie bei der Machtübernahme in der sowjetischen Besatzungszone der Mentalität der Nazi-Mitläufer, die nie etwas von den Verbrechen der Nazi gehört hatten, näher als anzunehmen ist. In diesem Kontext ist auch ein Grund für den schnellen Erfolg der Ulbricht-Gruppe zu suchen. Die Auseinandersetzung über die historischen Tatsachen, Parallelen und geistigen Überschneidungen dieser Zeit hat noch nicht begonnen.

Leonhards Spurensuche versucht an den Erfolg seines wichtigen Buches aus den 50er Jahren anzuknüpfen. Das ist durchaus informativ. Zur Eröffnung der Auseinandersetzung aber mit der DDR-Geschichte trägt er wenig bei.

Leonhards Gespräche mit Hans Mahle, Stefan Doernberg, Peter Florin und Mischa Wolf, sowie Ergebnisse erster Studien in SED-Archiven sind dennoch lesenswerte Zeitdokumente. **Udo Knapp**

Wolfgang Leonhard, Spurensuche, 40 Jahre nach „Die Revolution entläßt ihre Kinder“, Köln im Verlag Kiepenheuer & Witsch, 45 DM

Wolf Wondratschek

aus „Carmen oder bin ich das Arschloch der achtziger Jahre“ (1986)

Wenn einer um Hilfe schreit,
ist man sehr schnell gelangweilt.
Man hat kaum Zeit, selbst zu schreien.
So ein Durcheinander ist das.

Da helfen keine Autofahrten durch uralte Dörfer. Da helfen auch restlos alle Klavierkonzerte von Mozart nicht. Auf einem T-Shirt schaue ich Che Guevara in die Augen, ob das hilft? Oder doch Landluft, Ruhe, das Plätschern eines Brunnens, der Glockenklang kleiner Kirchen, Geruch von Kuhmist? Oder das Gegenteil, Amok laufen für den Frieden, mich zu Boden werfen vor galoppierenden Polizeipferden? Soll ich, vernünftigerweise, endlich ver-rückt werden? Wie wärs damit, das Tausendstel eines

Wolkenkratzer
kaufen? Wieder mal eine Reise, nur so, für die Nerven? Oder mich einfach nur besaufen? Soll ich das Ersparnis verpassen?
Oder in mich gehen, immer im Kreis in einer Klosterzelle? Oder doch Kokain? Und die Lebensbeichte mit dem Satz beginnen lassen: „Nachts, als die Sonne schien ...“?
(...)
Bin ich das Arschloch der achtziger Jahre?
Bin ich der Macho mit dem Knick?
Bin ich das Opfer romantischer Opernmusik?
Wohin des Wegs ins Wunderbare?

Ich lebe wie ein Häftling,
der vor jeder Tür, die sich öffnet, erschrickt.

(...)
Ach Frühling, komm
und mach mich wieder dumm.
Mutter, rühr mich noch einmal
im Grießbrei herum.

Revoluten, Aufbrüche, politische Erfolge verwandeln sich in ästhetische Gefängnisse, die ihre Helden, je länger sie leben, je fester fesseln. Die Sensiblen unter ihnen zerbrechen daran und fliehen vorm eigenen Scheitern an den Strick, die Mehrheit aber pflegt eine schizophrene Lebensart. Im Alltag überangepaßt, zuhause und im politischen Verhalten linksgrünsozialradikalistisch und mythenstrickend.

Um diesen Widerspruch auszuhalten, braucht es einen singenden Insider, der diesen Zustand aufdeckt und denen, die damit leben, lustvoll ihre Bigotterie um die Ohren schlägt. Jede Generation braucht ihre Narren.

Das ist das Erfolgsrezept und die Rolle Wondratscheks. Seine Gedichte haben hohe Auflagen erreicht. Seine Verse sind als Gitarrensongs gut gebrauchbar. Sie verlangen vom Leser nicht viel mehr als ein unterhaltsames Lächeln über die eigene Unzulänglichkeit. Das entsüßt besser als jede auf die neuen Realitäten bezogene Selbstkritik.

Fraglich ist allerdings, ob Wondratscheks Verse jenseits des vorausgesetzten Erfahrungszusammenhangs der wilden Jahre seiner Generation etwas mitzuteilen haben.

Die neue Gesamtausgabe wird sicher ihren Weg in die Bücher-schränke der Apo-Omas und -Opas finden. Als sentimentales Altersbrevier sind sie durchaus wertvoll. Viel Vergnügen. **u.k.**

Wolf Wondratschek, Die Gedichte, Zürich 1992 im Diogenes-Verlag.

Je älter Storm wurde, um so berühmter wurde er. Dazu trugen sicherlich nicht unwesentlich die vielen Zeitschriften bei, die seine Novellen weit verbreiteten. Als er ein Jahr vor seinem Tod seinen 70. Geburtstag feiert, erfährt er vielerlei Ehrungen, so auch in seiner Geburtsstadt, die ihn zum Ehrenbürger ernannt. Noch populärer als zu Lebzeiten wurde der Dichter nach seinem Tod (4. Juli 1888). Sein Werk wurde in millionenfachen Auflagen herausgebracht und Storm zu einem der meistgelesenen Autoren der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

Das erstaunt, wenn man bedenkt, daß Storms Oeuvre lediglich Gedichte, Novellen und Märchen umfaßt. Neben der sprachlichen Magie könnte es daran liegen, daß hier ein Werk vorliegt, das „die Luft reiner Humanität“ atmet. In einer Zeit, wie der unseren, in der ein großer Teil der Medien, wie Klaus Staack es unlängst treffend formulierte, zum Wettlauf um die Verblödung der Massen angetreten ist, kein schlechtes Angebot. Wäre da der gegenwärtig ein wenig vergessene Storm als Lektüre nicht manches Mal das bessere Abendprogramm? **Dorothee Trapp**

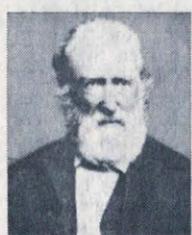
Kalenderblatt

Fürst der deutschen Liedersänger nach Goethe. Lyrik, die auf den Nipptisch gehört. Lauterstes Gold deutscher Dichtung. Gralshüter der heilen Welt. Bürgerwonne und Goldschnittgemüt. Weikeußmonopolist. Meister der Novelle. So unterschiedlich beurteilte die Kritik den Dichter aus der grauen Stadt am Meer, dessen Rang als Lyriker und Erzähler in der deutschen Literatur heute unbestritten ist.

Fällt der Name Theodor Storm, denken wir zunächst an zwei Novellen, die am Beginn bzw. am Ende seines Schaffens standen: „Im-mensee“ (1849) und „Der Schimmelreiter“ (1888). Die erste, die seinen literarischen Ruhm begründete, war seine erfolgreichste, erreichte sie doch bereits zu seinen Lebzeiten 30 Auflagen. „Der Schimmelreiter“ hingegen, den der bereits Schwerkranken dem Tod noch abrang, gilt als Krönung seines Werkes. Beide wurden später, wie andere Novellen Storms verfilmt.

Der von Franz Mehring gescholtene Teekessel darf ruhig im Hin-

tergrund summen, wenn wir zu einer der rund 50 Novellen greifen, die der große Menschenkenner und



-gestalter uns hinterlassen hat. Wenn der Wind ums Haus fegt und der Regen gegen das Fenster peitscht, dann ist Storm-Zeit.

Dann können wir uns am besten in die Welt seiner Helden versetzen, die am Wattenmeer zu Hause sind, umgeben von Marschland, Halligen und Dünen.

Vielen der Novellen Hans Theodor Woldsen Storms, der am 14. September vor 175 Jahren bei Sturm und Gewitter um Mitternacht in Husum zur Welt kam, liegen autobiographische Erlebnisse zugrunde. In seinen besten ist es ihm gelungen, das „individuelle Erlebnis ins Allgemeingültige zu steigern“. Dann wird hinter all dem Scheiden und Meiden, Ach

und Weh, dem Klagen um verlorenes Dasein und versäumte Liebe sichtbar, daß die menschlichen Konflikte gesellschaftliche und soziale Ursachen haben.

Man hat dem Erzähler Storm oftmals vorgeworfen, Simpelei oder Winkeldumpfigkeit zu betreiben. Fontane sprach von der „Husumeri“ des Dichters. Doch Storm war nicht der „Heimatlidener“ als den ihn später auch die Nationalsozialisten vereinnahmten und mißbrauchten. „Ich bedarf äußerlich der Enge, um innerlich ins Weite zu gehen“, hat Storm einmal gesagt. Weder in Berlin noch im „Militärkasino“ Potsdam, wohin der gelehrte Jurist nach der Besetzung seiner Heimat durch die Dänen in preußische Dienste floh, fühlte er sich heimisch. Seine fruchtbarsten Schaffensperioden hatte er in der Enge von Heiligenstadt und in Husum, wohin er nach 13jähriger Abwesenheit aus dem freiwilligen Exil zurückkehrte. Da entstehen die novellistischen Meisterwerke wie „Aquis submersus“, „Psyche“, „Auf der Universität“, „Hans und Heinz Kirch“, „Viola

tricolor“ und „Pole Poppenspüler“.

Storm, der höchste Maßstäbe an die Kunst des Dichtens setzte - zu hohe, wie viele meinten - betrachtete sich als den letzten Lyriker nach Geibel. „Perle reiht sich hier neben Perle“, urteilte Thomas Mann über Storms Gedichte, von denen einige sich jahrzehntelang in den Schulbüchern behaupteten, ohne an Zauberkraft zu verlieren. Ein Gedicht wie beispielsweise „Meeresstrand“ mit seinem ... so war es immer schon ... schlägt bis heute in Bann.

Storms „erschütterndster Leidenschaft meines Lebens“ zu Dorothea Jensen, die er ein Jahr nach seiner Hochzeit mit seiner Cousine Constanze kennen und lieben lernt (sie wird 18 Jahre später seine zweite Frau), verdanken wir einige der schönsten Liebesgedichte in deutscher Sprache. Constanzes Tod nach der Geburt ihres siebenten Kindes hingegen regt den Dichter zu den „durchdringendsten Trauer- und Abschiedsgedichten, die die deutsche Lyrik wohl überhaupt aufzuweisen hat“ an.

Die Luft reiner Humanität

Am 14. September wurde Theodor Storm in Husum geboren

Hier geht's zum Abo

52mal Mecklenburger Aufbruch für nur 50,- DM oder das Förder-Abo für 70,- DM

Ja! Ich will den MA ein Jahr lang jede Woche in meinem Briefkasten haben.

Name/Vorname _____
Straße/Hausnummer _____
PLZ/Wohnort _____
Geburts-tag _____ Telefon _____

Gewünschtes Abo ankreuzen: Ich wähle das Abo für 50 DM im Jahr.
 Um Ihre Portokasse zu entlasten, nehme ich das Förder-Abo für 70 DM im Jahr.
 Gegen Rechnung (bitte keine Vorauszahlung leisten, Rechnung abwarten).

Gewünschte Zahlungsweise: Bequem und bargeldlos durch Bankabbuchung.

Bankleitzahl _____ Kontonummer _____

Bankinstitut _____

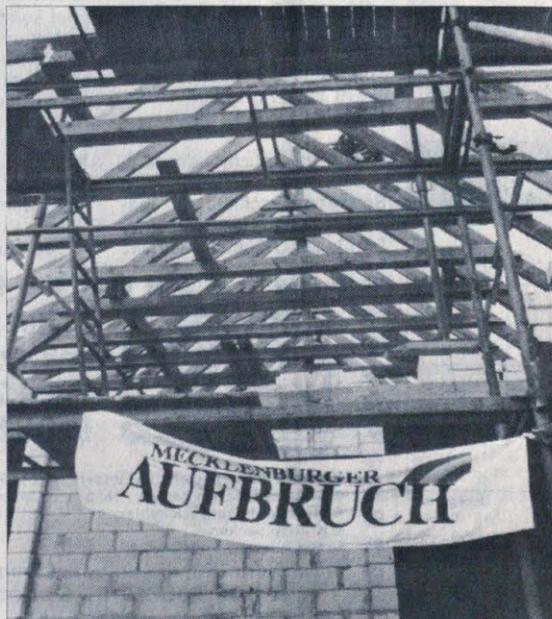
Name/Unterschrift _____

Meine Widerrufsgarantie: Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Bestellung schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs (Datum des Poststempels) an Mecklenburger Aufbruch, Leser-Service, Puschkinstraße 19, O-2750 Schwerin.

Ich bestätige dies mit meiner 2. Unterschrift

Bestellcoupon ausschneiden und im Briefumschlag senden an:

Mecklenburger Aufbruch, Leser-Service, Puschkinstraße 19, O-2750 Schwerin



Schnupper-Abo 10mal Mecklenburger Aufbruch für nur 10,00 DM incl. Versand

Ja! Ich will den MA 10 mal in meinem Briefkasten haben.

Name/Vorname _____
Straße/Hausnummer _____
PLZ/Wohnort _____
Geburts-tag _____ Telefon _____

Gewünschte Zahlungsweise: Ich lege 10 DM in Briefmarken bei.
 Ich lege 10 DM in bar bei.
 Ich lege einen Verrechnungsscheck über 10 DM bei.

Bankleitzahl _____ Kontonummer _____

Bankinstitut _____

Name/Unterschrift _____

Wenn mir der MA gefällt, wandelt sich das Abo nach 10 Wochen in ein normales Jahresabo für 50,- incl. Versand um. Möchte ich den MA nach Ablauf der 10 Wochen nicht weiterlesen, genügt bis 10 Tage vorher eine kurze schriftliche Nachricht an die unten angegebene Adresse.

Meine Widerrufsgarantie: Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Bestellung schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs (Datum des Poststempels) an:

Mecklenburger Aufbruch, Leser-Service, Puschkinstraße 19, O-2750 Schwerin.

Ich bestätige dies mit meiner 2. Unterschrift

Bestellcoupon ausschneiden und im Briefumschlag senden an:

Mecklenburger Aufbruch, Leser-Service, Puschkinstraße 19, O-2750 Schwerin

Kultur



bisher unveröffentlichte Privatfotos von Hans-Jürgen Schmidt:

Verspätete Ankunft

Uwe Johnson in Güstrow zu ehren, nutzen der Suhrkamp Verlag und die Deutsche Bundesbahn ihre Verbindungen



Uwe Johnson im Mai 1972 am Schweriner See

Wußten Sie, daß einer der besten Kenner der Eisenbahn aus Güstrow kommt? Da müssen wir mal hin fahren. - „Ja, wir haben gehört davon.“ Suhrkamp-Verlags-Chef Siegfried Unseld und Heinz Dürr, Chef der Bundesbahn/ Deutsche Reichsbahn, so lernt im Gespräch - das eigentliche Signal war das Startsignal für einen Sonderzug nach Güstrow, der, prominent besetzt, am 5. September nach Mecklenburg schwebte und in den folgenden Tagen durch das Ländchen der größeren und kleineren Journale. Heinz Dürr, der sich nachhaltig als Johnson-Kenner auszuweisen vermochte, übt sich in Johnsonscher Genauigkeit: „Mit der pünktlichen Abfahrt um 17 ab Bahnhof Berlin-Zoo, Gleis 2/a/b, beginnt diese Sonderfahrt entsprechend der Dienstvorschrift 048.“

Der am 20. Juli 1934 im pommerschen Kammin geborene Uwe Johnson kam mit Mutter und Schwester nach dem Krieg nach Güstrow, nach Güstrow, der, von den Russen verschleppt, starb 1947 in der Sowjetunion.

Eine Reise also in das von Johnson geliebte und später von ihm so unheimlich vermißte Mecklenburg nach Güstrow, das von 1946 bis 1959 sein Hauptwohnsitz war, zu den Immobilien seiner literarischen Topographie. Eine Reise natürlich mit der Eisenbahn, die Johnson so gern benutzte für eine literarische Beobachtungsexkursion, wie der Johnson-Biograph Bernd Neumann formulierte.

Auf dem Programm der entgegengesetzten Spurensuche fanden sich folgerichtig als Stationen das von ihm besessene inwischen als „Gesellschaftshaus“ benannte Gebäude in der Innenstadt, das Barlach-Atelier am Brückberg, die John-Brinkmann-Schule, an der Johnson das Abitur ablegte und schließlich eine

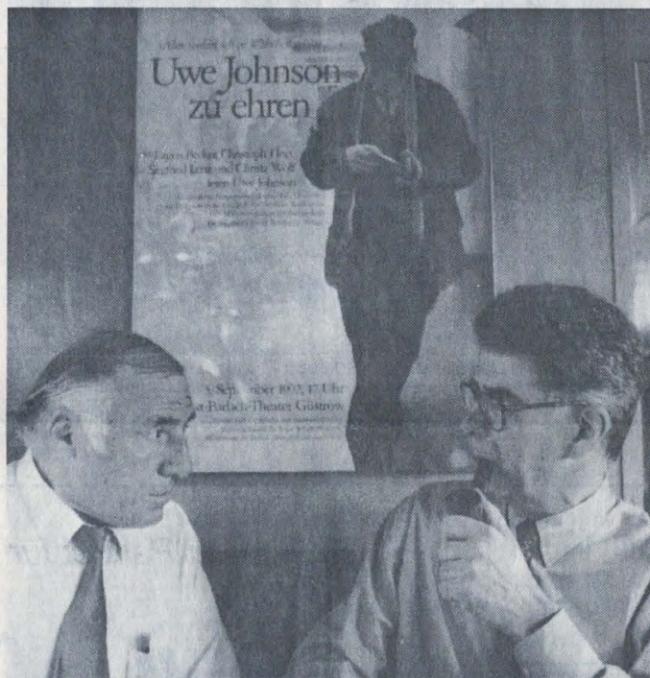
Festveranstaltung im ausverkauften Theater mit einem abschließenden Empfang im Schloß.

Die Annäherung an Uwe Johnson erfordert unweigerlich, einer betonten Genauigkeit sich zu versichern. Der Person Johnsons nachzuspüren in der alten DDR bleibt schwierig. Die verständliche Freude, den Freund und Schriftsteller in seiner Heimatstadt nach verschwiegenen Jahrzehnten geehrt und hochgeschätzt zu sehen, führt mitunter zu eigenwilligen Ansichten. Da gab es doch in Güstrow die prompte Behauptung: „Das Lesen von Johnsons Büchern war in der DDR verboten.“ Was eben scharf daneben geht. Wer jener Herr Johnson war, durfte man auch im beschränkten DDR-Dasein wissen. Freilich konnten bis zum Frühjahr 1989 („Eine Reise wegwohin“, VEB Aufbau-Verlag) keines seiner Bücher hier erscheinen, freilich wurden sie aus den durchschnüffelten Westpaketen mehrheitlich und zollamtlich entwendet. Nur standen jene wunderbaren Exemplare, deren West-Ost-Reise glücklich beim gewünschten Adressaten endete, im Wohnzimmer im Bücherregal. Und durften wahrgenommen und gelesen werden. Verbotswortfrei. In den privaten Giftschränken mußten sie nicht evakuiert werden, wie beispielsweise Kopelews „Aufbewahren für alle Zeit“. Was Johnson freute. Auf die Mitteilung, daß wieder eines seiner Bücher dem Päckchen abhandlungsgemäß sei, schreibt er im Frühjahr 1972 einem Schulfreund nach Schwerin: „Daraus solltest du nun nicht folgern, dass ich einen Roman zur Unterstützung von Imperialismus & Kriegshetze & Antikommunismus geschrieben habe; ich wüsste gar nicht wie man das anstellt, und eben nicht einmal, wie ich mir solchen Bann zugezogen haben könnte.“ Natürlich wur-

den die Büchersendungen sehr beehutsam angekündigt, Elisabeth Johnson schreibt aus England in Richtung Schwerin: „Mit derselben Post geht eine Drucksache an Sie ab, in die ihr Name eingeschrieben ist, vom Verfasser, so daß kein Amt und kein Entleiher sie Ihnen guten Gewissens vorenthalten kann.“ Das betraf die „Jahrestage“, Band 3. Und jener Schulfreund führt einen langen Briefwechsel mit immer höher dotierten Zoll-Vollstreckungshelfern, schließlich mit der vornehmen Bitte, man möge doch die ursprünglich ihm zugeordneten Bücher, da sie nunmal ihm nicht ausgehändigt

würden, im Safe für ihn aufbewahren; er vertraue auf große Literatur und sei sicher, die Bücher eines Tages abholen und lesen zu können. Genau jener Zoll-Papst, der ihm damals die Herausgabe der Bücher endgültig, weil in höchster Instanz, verweigerte, antwortete ihm weit im Jahre 1990 auf den Wunsch, nun in Empfang zu nehmen, was ihm bisher vorenthalten war, daß die Bücher sämtlich vom Reißwolf verschluckt wären. Und das selbstverständlich dank eines gesetzestreu Handelns seinerseits.

Die Hoffnung auf Auslieferung der gestohlenen Johnson-Bücher



Siegfried Unseld und Heinz Dürr im Sonderzug Foto: H.-J. Wohlfahrt

wurde genährt, als der Rostocker Lektor Jürgen Grambow 1986 im Januar/ Februar-Heft der ostdeutschen Literaturzeitschrift „Sinn und Form“ einen Essay zu Uwe Johnson („Heimat im Vergangenen“) veröffentlichen konnte. Damit war - zwei Jahre nach Johnsons Tod - erstmals im Osten offiziell und wohlwollend und vernehmlich der Name eines Autoren benannt, der zu den wichtigsten und nachhaltigsten deutschen Nachkriegsautoren gehört. Welchen Widerständen Grambow sich womöglich ausgesetzt sah, Johnson in der DDR zu präsentieren, bleibt vorstellbar. So konnte er Johnson nicht gerecht werden mit Formulierungen wie „Wenn damals Recht (und manchmal auch nur: ausgleichende Gerechtigkeit) und Willkür dicht beieinanderlagen, so ging es nicht um das richtige Maß, sondern um Klassenkampf, um unerbittliche und harte Zwänge, um Härte gegen Feindlichkeiten. Wieder fällt mir Kants „Aula“ ein als Korrektiv hierzu und Teil eines Spektrums, das einsetzt, wo Johnson die Farben ausgehen.“ (Jener unselbige Kant als leuchtendes Beispiel Johnson vorgesetzt - das bleibt wohl Grambow Geheimnis.) Der Genugtuung der Johnson-Freunde taten diese Ausfälle keinen Abbruch.

Bei den Freunden sind Johnsons Spuren, sind seine Geschichten zu finden. In den frühen DDR-Jahren, da amtlich als „Arbeiter- und Bauernkinder“ identifizierbare Menschen die Hochschulen bevölkern sollten, mußte in Güstrow der Sohn der Musikalienhandlung „Schmidt & Sohn“ um das gewünschte Musikstudium sich ernstlich sorgen. Die schon niederträchtige Beurteilung vom damaligen FDJ-Sekretär der John-Brinkmann-Oberschule, Fritz Möllendorf - später SED-Korrespondent

von höchsten Gnaden -, versprach das endgültige Aus. Johnson, der sich eingehend mit den möglichen Lesarten offizieller Beurteilungen und den darin bösartig versteckten Fallstricken befaßt hat, der sie genau zu dechiffrieren wußte, schrieb seinem Schulfreund kurzerhand eine neue, brauchbare Beurteilung. Und Johnson - als stellv. FDJ-Sekretär der Schule - wußte dem Papier die nötigen Stempel zu beschaffen. Derart gewappnet konnte ein Musikstudium vortrefflich gelingen und damit eine Biographie gerettet werden.

Eine Persona non grata ist Uwe Johnson für die D.D.R. (so Johnsons Schreibweise) nicht geblieben. In den 70er Jahren reiste er mehrmals nach Mecklenburg. Vom 18. bis zum 20. Mai 1972 ist er offiziell gemeldet in der Schweriner Landreiterstraße und zu Besuch bei eben jenem Schulfreund, dem er schon 1951 eine so freundliche Beurteilung formulieren mochte.

Nebenbei: Daß der DS Kultur eine Sendung zu Johnsons „Mutmassungen über Jakob“ in die Rubrik „Vergessene Bücher“ einreicht, ist eine hübsche Geste, die vor einem denkbaren Johnson-Kult in die Realität zurückbeordert. Vielleicht werden in den folgenden Sendungen dann Thomas Manns „Buddenbrooks“ oder Günter Grass' „Blechtrommel“ vorgestellt.

Johnson ehren, seine Orte erleben ist die eine Seite - die Spurensuche, auch die eigene, sollte in seinem Werk fortgesetzt werden. Siegfried Unseld drückte es in seiner Güstrower Rede so aus: „... er erreicht für mich etwas eminent Wichtiges: vielen Menschen wird bei uns in den neuen Bundesländern ihre eigene Biographie entzogen. Uwe Johnson schafft Biographien, mit denen sich leben läßt.“
Wolfram Pilz

Die Kunst des Vadim Sidur im Zeitalter des Schreckens

Russische Sarg-Art in Bremen

Der russische Bildhauer Vadim Sidur ist noch sechs Jahre nach seinem Tod ein weithin Unbekannter. Sein Werk ist eine künstlerische Entdeckung von der eigenen Art für die, die wie er hinter dem eisernen Vorhang gelebt haben. Seit seines Lebens wurde er totgeschwiegen im eigenen Land. Obwohl er bis 1986 in Moskau gelebt und gearbeitet hat, blieb sein plastisches Schaffen nur Freunden und Eingeweihten zugänglich, die in sein Kelleratelier hinabstiegen, denn er war faktisch mit Ausstellungsverbot belegt. Nur im Westen konnten ab den 70er Jahren einige Werke auf- und ausgestellt werden. Er selbst sah sein Denkmal „Den Opfern der Gewalt“ (in Kassel 1974 errichtet) nur auf Fotos. Jetzt bringt die Gerhard Marcks-Stiftung in Bremen Licht in das Dunkel um diesen Mann, indem in

einer eindrucksvollen Schau aus der Werkgruppe plastische Collagen ausgestellt sind. Ebenfalls in diesem Jahr publizierte der Puschkin-Verlag Köln eine zweisprachige Gedichtausgabe Vadim Sidurs mit dem Titel „Der glücklichste Herbst“.

Vadim Sidur wird 1924 in Dnepropetrowsk in einer Lehrerfamilie geboren. Nach Hungerjahren der Jugend entschließt er sich, mit der neunten Klasse an die Front zu gehen. Mit neunzehn Jahren wird er zum Invaliden: Mit einem Kieferdurchschuß liegt er ein dreiviertel Jahr im Lazarett, bekommt Orden und Medaillen und leidet ein Leben lang an der Kriegsverletzung. Sein Erinnern bleibt zeitlebens geprägt vom Großen Vaterländischen Krieg. 1945 läßt sich Sidur im Medizinischen Institut von Duschambe immatrikulieren.

Gibt nach einem Jahr das Medizinstudium auf: „Nie werde ich mich an das Leiden der Kranken gewöhnen.“ Muß sich mit 21 Jahren in Moskau erneut einer schwierigen Operation unterziehen und entschließt sich, danach die Schule für angewandte Kunst in Moskau zu besuchen. Sein Examen legt er als Bildhauer im Bereich Architektur 1953 ab. Nach Anfangserfolgen in Gemeinschaftsausstellungen wird er 1957 in den Künstlerverband aufgenommen und erhält so ein Kelleratelier bewilligt. So stieg er täglich hinab, arbeitete im feuchten Keller, der mehrmals unter Wasser stand. „Wenn du in der Scheiße sitzt, werde nicht gleich Scheiße“, notierte er mehrmals.

Sidurs Glück war sein künstlerischer Arbeitswille, trotz physischer Behinderung und schwerer Herzkrankheit. Dazu kam der psychische Druck im „Zeitalter des Schreckens“. Sein Sohn berichtet glaubhaft: „Er war glücklich, daß er den Krieg lebend, wenn auch schwer verletzt, überstanden hatte. Er war glücklich, daß er schaffen konnte, wozu er Gelegenheit hatte.“

Im Gedichtzyklus „Herbstblume“ heißt es: „.../ICH ÜBERLEBTE/ Ich wuchs im Keller/ Vom Tod bestäubt/ Trage ich Frucht/ Ich gebar EISERNE UNGEHEUER/ ...“ In der Bremer Ausstellung haufen die gespenstischen Collagen aus Abflußrohr, Motorschrott und Sperrmüll: „Enthauptete Monarchen“, „Eiserne Propheten“, „Das Lächeln des Jahrhunderts“ sind versammelt. Dem Alptraum aus Lüge der Machthaber und deren bürokrati-

scher Vollstrecker von Mittelmaßigkeit, konnte Sidur sein „trotzdem muß man arbeiten“ entgegenhalten. „Auf dem Boden stehen eiserne Dschungel/ meine Geschöpfe wuchern/ ...“ heißt es in einem Gedicht.

Vadim Sidurs eigenes Empfinden und seine Erfahrung, seine wahrhaftige Suche nach Wesen des Menschen in dieser Zeit vorzudringen, führten über den Zweifel an der herrschenden Ideologie, an der offiziell-normierten sozialistischen Kunst zu eigenen Themen und deren formaler Umsetzung. Welch eine Kluft zwischen den monumentalen Siegerdenkmälern und Vadim Sidurs „Der Sieger“ von 1983! Eine nackte weiße Puppe mit gesichtslosem Kopf humpelt mit Krücke, den Beinastumpf abstützend auf einem Stiefelbein. Er weiß, was er hier gestaltete, er hat es erlitten, erlebt: Der Mensch ist nackt in seinem Leid.

Mit Themen wie „Adam und Eva“ (1956), „Frau, die den Fußboden wischt“ und „Lesbierinnen“ (beide 1957) werden statt Helden der Arbeit, statt heroischer Kampfesverklärungen, Menschen in ihrer Verletzlichkeit vorgeführt. Dies ruft den Staat auf den Plan. Es kam zur gesteuerten, amtlichen Isolierung, denn Infragestellungen gefährden bestehende Macht-Wert-Positionen.

Neue Inhalte erzwingen plastische Brüche und formale Neufindungen. Dies, reicht, um ihn als Formalisten zu diskriminieren. Dabei schöpft er nicht so sehr aus der modernen westlichen Gegenwartskunst, sondern bezieht sich,

wie viele dieses Jahrhunderts, auf die archaischen und volkstümlichen Quellen: „Mein allererster und unauslöschlicher Eindruck von der archaischen Bildhauerei war kindliches Staunen angesichts der riesigen Götzenbilder ... Der Eindruck, den die ägyptische, die assyrisch-babylonische Kunst, die Antike auf mich machten, war tiefgreifend. ... Zu meiner Schande muß ich gestehen, daß ich damals nicht wußte, daß es solche Bildhauer wie Moore, Lipschitz, Giacometti, Zadkin gibt.“

Weil er seine Wahrheit ausdrücken wollte, wurde er anders, mußte er einmalig werden in seiner Kunst. Dabei suchte Vadim Sidur nicht die Polarität zur Macht, wollte nicht den Staat bekämpfen. Um seine moralische Integrität zu wahren, hatte er Angst vor Vereinnamung - er wollte nicht die Auf-

merksamkeit auf sich ziehen, wollte „in Ruhe gelassen werden“. Sein Keller wurde ihm lebensnotwendig zur Nische: „Ich möchte nicht, daß sie mich rausschmeißen!“

Hier in Bremen sind rohe Särge aufgestellt, darin liegen aus Rohren, Metallgüßteilen und Draht gebaute „Menschen“. Immer wieder auch mit silbernen Händen, die Finger gespreizt, rufend, so geformt, als fehle jeder Hand ein Finger. Sie verweisen auf die Lebenden.

„Altersmathematik/ Verwaschene Menge Erinnerung/ Geometrie der Rückkehr ins Vergangene/ Schimmerndes Dunkel gekrümmter Gedächtnisräume/ Astronomie von Ausweglosigkeit und Unwiederbringlichkeit/ Der Zeit Unumkehrbarkeit/ Die Form des Universums ist der SARG/ ...“

Agelior



Menschen aus der Menge 1982 Metall Stoff



Der Bildhauer und Dichter Vadim Sidur in seinem Kelleratelier



Veranstaltungsprogramm der Stadt Schwerin zum »Tag der Deutschen Einheit«



Landeshauptstadt Schwerin

Veranstaltungen vor dem 3. Oktober 1992:

21. 9. 92 - 19.30 Uhr
Lesung mit Günter Grass
Stadtbibliothek
1. 10. 92 - 19.30 Uhr
Kabarett mit Klaus Germann
»Es ist nicht alles schwarz-rot-gold, was glänzt«
Stadtbibliothek, Perzinasaal
2. 10. 92 - 19.00 Uhr
Talkrunde zur Situation der Autoren
Stadtbibliothek
2. 10. 92 - 20.00 Uhr
Offener Klubabend
Mecklenburgisches Volkskundemuseum
2. 10. 92 - 9.00 Uhr
Technologieforum
BIK-Bildungs-, Informations und Kongreßzentrum, Gr. Dreesch

Trimmfestival des Deutschen Sportbundes:

2. 10. 92 - 9.00 bis 11.00 Uhr
Staffellauf der Schulen
Pfaffenteich
2. 10. 92 - 15.00 bis 17.00 Uhr
Präsentation der Sportvereine und -verbände
Mecklenburgstraße
2. 10. 92 - 8.00 bis 13.00 Uhr
Staffellauf der Grundschulen und der Behinderten
Stadion Lambrechtsgrund

Die Landeshauptstadt Schwerin wird am »Tag der Deutschen Einheit« zahlreiche Veranstaltungen anbieten. Diese Veranstaltungen sind Teil des offiziellen Programms der Bundesrepublik Deutschland und des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Viele Schweriner Institutionen, Vereine und Initiativen werden an dem Tag sich und ihre Arbeit vorstellen und dabei auch auf ihre Probleme aufmerksam machen.

Veranstaltungen am 3. Oktober 1992

Trimmfestival des Deutschen Sportbundes:

3. 10. 1992 - 10.00 bis 16.00 Uhr
Festivalaktivitäten »Sport sehen, erleben, probieren!«
Schloßgarten, Burgseesportplatz
3. 10. 92 - ca. 13.30 Uhr
Ankunft des Staffellaufes Hamburg - Schwerin, Stabübergabe an den Ministerpräsidenten Dr. Bernd Seite
Alter Garten
3. 10. 92 - 17.00 bis 19.00 Uhr
Sportgala mit Spitzensportlern
Sport- und Kongreßhalle
3. 10. 92 - 19.30 Uhr
Bootskorso
Burgsee, Schloßinsel

Märkte und Veranstaltungen

3. 10. 92 - ab 11.00 Uhr
Stadtpräsentation innerhalb der Landesschau
Markt / Schlachtermarkt
3. 10. 92 - ab 11.00 Uhr
Herbstjahrmarkt
Schausteller- und Kleinkunst
Platz am Jägerweg

3. 10. 92 - ab 11.00 Uhr
Markttreiben
Grunthalplatz vor dem Hbf.

Kultur

3. 10. 92 - 11.00 bis 17.00 Uhr
Fotoausstellung »Ost 89/90/91«
Momentaufnahmen aus den neuen Bundesländern
Halle am Fernsehturm - Foyer -

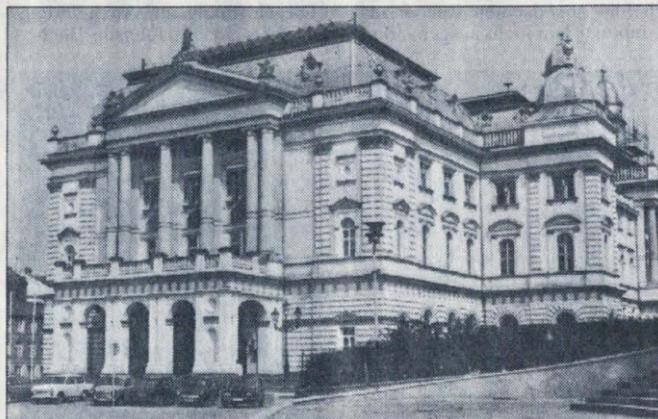
3. 10. 92 - 10.00 bis 17.00 Uhr
Ausstellung mit Werken von Ingo Günther
Galerie am Pfaffenteich

3. 10. 92 - 10.00 bis 17.00 Uhr
Kabinettsausstellung »Deutschland - schwierig Vaterland
Neustädtisches Palais

3. 10. 92 - 10.00 bis 16.00 Uhr
Ausstellung Kommunalen Umweltschutz
Atrium des Fridericianums

3. 10. 92 - 19.30 Uhr
Gemeinschaftskonzert der Musikschulen Schwerin und Wuppertal
Neustädtisches Palais
Großer Saal

3. 10. 92 - ab 14.00 Uhr
Familienfest Folkloreprogramm
Freilichtmuseum Schwerin-Mueß



Mecklenburgisches Staatstheater - am 3. Oktober wird hier der Festakt der Bundesrepublik Deutschland, abends wird ein Volksliederprogramm stattfinden.

3. 10. 92 - ab 10.00 Uhr
Speicherfest, Kulturzentrum Speicher / Röntgenstraße
3. 10. 92 - ab 11.00 Uhr
Stadtteilfest Volksfest für jung und alt
rund um die Halle am Fernsehturm
- 15.00 bis 16.00 Uhr
Polit-Talkrunde
Wintergarten
- 21.00 Uhr
Konzert mit Günter Gabriel
in der Halle am Fernsehturm
- 19.30 Uhr
Volksliederprogramm
Staatstheater

Veranstaltungen am 4. Oktober 1992

4. 10. 92 - 11.00 Uhr
Uwe-Johnson-Matinee
Staatstheater, Flotow Zimmer
4. 10. 92 - 11.00 Uhr
Konzert zur Förderung junger Künstler
Perzinasaal

Auf dem Alten Garten, Markt und dem Schlachtermarkt werden sich innerhalb der Veranstaltungen der Landesschau weitere Ensembles und Künstler der Stadt Schwerin präsentieren.

Verkaufe Nähmaschine, Marke Naumann, ca. 1920, Rundschnitten. Chiffre 35 B

Wer gibt Nachhilfeunterricht in Russisch, Englisch und Mathematik? Tel. SN 21 49 52

Priv. Zimmervermittlung Ingetraut Maaß
Körnerstr. 18 - Tel. 86 57 06
O-2750 Schwerin
tägl. 15 - 22 Uhr geöffnet

Hamb. Autorin m. Fam. will zurück in ihre urspr. Heimat u. beim Aufbau mit anfassern. Deshalb sucht sie Resthof m. gutem Haus, gern alt u. renovierungsbedürftig, auf ca. 10 000 qm Garten u. Ackerland zur Selbstversorgung etc. Umgebung von Schwerin, Wismar o. Stralsund bevorzugt, ganz a. d. Lande, auch Einzelgehöft. Fairer Preis erwünscht. Bitte freudl. Zuschr. m. ausführ. Exposé. Chiffre 38-B

Fotokopierer - Color 7 für Farbfotos bis A 3, von Dias, Negativ oder Direktkopie, Neupr. 40 TDM, VP. 25 TDM
Telefon 039607326

Kleine Kirche gesucht
Zusammen mit MISSIO können Sie Menschen in Afrika oder Asien helfen. Z. B. beim Bau einer kleinen Kirche. Schreiben Sie uns: Goethestraße 43, 5100 Aachen.

missio
Hilfe für eine andere Welt.

Liebesheirat ersehnt
m. charakt. Mann u. Vater in Mecklenburg-Vorpommern, der das Leben i. jeder Hinsicht besteht. Ich bin eine attraktive 45-jähr. (Noch-West-)Frau, berufl. selbständ., prakt. Christin, m. Bücher- u. Naturleidenschaft, Mutter v. 4 Ki. (2 davon noch i. Hause). Wenn Du wie ich ein neues Leben anfangen willst, viel Liebe u. Zärtlichkeit u. Geborgenheit geben kannst, Arbeit und Verantwortung Dir ebenso viel bedeuten wie Muße, Spiel und Lachen i. einer lebendigen Großfamilie, dann schreibe mir vertrauensvoll m. Foto. (zurück) Chiffre 38-A

R. B. M. - Ihr Partner für . . .



Lieferung von Recyclingmaterial
Annahme von

Wer neu bauen will, muß Altes überwinden!

— umweltgerechten Transport — Entsorgung — Bauschutt- und Betonbruchannahme — Containerdienst — Schüttguttransporte aller Art.

- Betonbruchscherter ● Güteüberwachte MV-Schlacke ● Kabelverlegesand ● Mutterboden
 - Beton- und Straßenaufbruch ● nicht verunreinigten Bauschutt ● unbelasteten Boden.
- Haben Sie Entsorgungsprobleme? Rufen Sie uns an!

O-2711 Holthusen/Schwerin, Mittelweg 3
Telefon 293/295, Telefax 294

HEREINSPAZIERT!

Große Suzuki-Sonderschau am 19./20. September*



Abb.: SJ Samurai de Luxe, Cabrio. Sondermodell in limitierter Stückzahl.

Abb.: Swift 1,6 GLX.

Abb.: Swift 1,0 GL und Suzuki-Original-Zubehör.

Abb.: Vitara de Luxe, Cabrio. Sondermodell in limitierter Stückzahl.

Steigen Sie ein ins Vergnügen, steigen Sie ein in die Suzuki-Modelle, dann kann die Schau losgehen. Im SJ Samurai de Luxe, 1,3l, 51 kW (70 PS), Injection, mit zuschaltbarem Allradantrieb. Im großzügigen Swift 1,6 GLX, 68 kW (93 PS), 16 Ventile. Im Swift 1,0 GL, 39 kW (53 PS), oder im eleganten Vitara de Luxe, Cabrio, 1,6l, 59 kW (80 PS), mit zuschaltbarem Allradantrieb. Also, nichts wie hin und hereinspaziert bei Ihrem Suzuki-Vertragshändler.

* Außerhalb der gesetzlichen Ladenöffnungszeiten nur Besichtigung, keine Beratung, keine Probefahrt, kein Verkauf.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

Arnold Schulz
SUZUKI-Vertragshändler

O-2796 Schwerin-Zippendorf
Einfahrt Lindawerk
Am Hang 7
Telefon 21 32 16



SUZUKI

4 FÜR ALLE FÄLLE

SEAT bietet qualitativ hochwertige, reichhaltig ausgestattete und preislich überzeugende Modelle. Wie den SEAT MARBELLA. Einstiegsmodell oder Zweitwagen - seine sprichwörtliche Sparsamkeit macht ihn so beliebt. Mit dem neuen SEAT TOLEDO werden die Ansprüche einer neuen Generation von Autofahrern Realität. Intelligentes Design. Komfort mit Charakter. Kompromißlose Technologie. Sicherheit und Präzision. Attribute, die überzeugen. Der SEAT IBIZA liefert europäisches Teamwork vom Feinsten: Motor-System Porsche, Giugiaro-Design. Fahrgastsicherheitszelle von Karmann. „Last“, aber beileibe „not least“ - der SEAT TERRA. Als Kleintransporter oder Pkw Kombi löst er spielend Transportprobleme. Machen Sie eine Probefahrt!

SEAT
Volkswagen Gruppe
Das offizielle Automobil der XXV Olympischen Spiele

Über die genauen Preise informiert Sie Ihr SEAT-Händler.

**Ihr Seat-Händler
Hans-Peter Seifert**

Dorfstr. 3 - O-2782 Schwerin-Krebsfördern
Tel. 084/611637 - Fax 611638



Forum

Mob und Elite, Gewalt und Intoleranz

Nachdem ich vor noch nicht langer Zeit verärgert Ihr Blatt abgelesen wollte, bin ich doch nun in dieser tristen Medienlandschaft den „Mecklenburger Aufbruch“ im Briefkasten vorzufinden.

Nachdem ich Ihre Beiträge rund um die Rostocker Pogrome geleistet hatte, war der restliche Tag für mich gelaufen. Erschütternd die Reportage von Michael Will über die „Volksseele“, erschütternd das Interview mit einem Vertreter der von ihm frei gewählten „Elite“. Es ist kaum zu glauben: Herr Helmrich weiß nicht, ob die Sinti und Roma verfolgt werden! Ist ihm denn nach den weiterhin erfolgten Brandschatzungen und Mordversuchen in der weltreichsten Bundesrepublik nicht einmal der Gedanke gekommen, nachzuprüfen, ob die überall Rechtlosen im betarmen Rumänien und dem kriegsgeschüttelten Jugoslawien nicht vielleicht doch geflohen sind, um zu überleben?

Eigentlich sollte man voller Nächstenliebe den Mantel des Schweigens über dieses außerordentliche Verantwortungsbewußtsein breiten; aber es kommt noch besser: Der Herr Minister will wieder eine Mauer bauen. Wer hört da nicht im Falsett-Sächsisch: Mir ist nicht bekannt, daß die Berliner Bauarbeiter die Absicht haben, eine Mauer zu errichten! Zugegeben, der Vergleich hinkt; aber würde der Minister nicht auch eine errichten, wenn die Deutschen in Scharen nach Polen flüchteten? Doch dank seiner hochgelobten Marktwirtschaft, über die er besser als ein Journalist Bescheid weiß, werden die Deutschen keine Gelegenheiten mehr haben, von kurzzeitig plündernden, lukrativen Ein-

käufen mit der stabilen Mark abgesehen, nach Polen zu flüchten, sondern sie werden wohl mitsamt der Biosphäre des Planeten schnurstracks im Orkus verschwinden. Er muß im Geschichtsunterricht einige Klassen versäumt und bisher keinen Antriebsverspür haben, fehlendes Wissen nachzuholen. Wir haben doch gerade erst erlebt, daß in einer Zeit, in der sich durch den technischen Fortschritt und die internationale komplexe Verflechtung Veränderungen an einem Punkt der Erde auf die entferntesten Orte auswirken, totale Abschottung über einige psychische und materielle Rückkopplungen zu Chaos und Zusammenbruch mit unabsehbaren Folgen führt.

Herr Helmrich weiß offensichtlich auch nicht, daß das bisherige Weltwirtschaftssystem weltweit versagt hat, daß die Diskrepanz zwischen arm und reich rasant zunimmt. Und noch etwas: Die Deutschen sind nach den Amerikanern das ethnisch am meisten gemischte Volk. Eine geistige Evolution erfolgte in der Menschheitsgeschichte bisher vor allem durch Begegnung und Mischung. Entscheidend für eine erfolgreiche Gesellschaft ist die soziale Organisation und nicht die ethnische Trennung. Die Deutschen verdanken seit dem Dreißigjährigen Krieg wesentlich den Hugenotten, Juden, Polen und Italienern ihren kulturellen (der am Anfang stand), wirtschaftlichen und politischen Aufstieg.

Die Roma unterliegen vor allem auch infolge ihrer so undeutschen Friedfertigkeit allein in Europa seit 600 Jahren dem Teufelskreis Diskriminierung, Vertreibung, Verelendung und Kriminalisierung auch unter Mithilfe der Deutschen.

Die Zigeuner sind das Produkt auch der Intoleranz der Deutschen. Das große Umkippen droht. Die Demokratie schleicht sich um kurzfristiger Machtinteressen willen in einen rechtsradikalen Grundkonsens. Ein Schreckensszenario erscheint an der Wand: Eine Ausländergruppe nach der anderen wird ausgegrenzt, und dann schießt sich der Mob mit Brandsätzen auf die nächstschwächere Inländergruppe ein. Angesichts der zunehmenden Akzeptanz sich in Gewalt äußernder Kriminalität sei an das Paradoxon der Toleranz erinnert: Absolute Toleranz führt zu deren Verschwinden, zur Herrschaft der Intoleranz, absolute Gewaltlosigkeit zur Herrschaft der absoluten Gewalt.

Heinz Postulka, Schwerin



Nachdenken in Rostock - schon vergessen? Foto: Siegfried Wittenburg

Engholm ohne den Maulkorb Asyl

Auf manchen Ost-Sozialdemokraten haben die Petersberger Beschlüsse seines Parteichefs Engholm wie die Befreiung von einem schon lange als sehr lästig empfundenen Maulkorb gewirkt. Endlich kann man in der „Asylanten-Problematik“ mit Kollegen aus der gewendeten Ost-CDU ins gleiche Grundgesetzänderungshorn tunen und das aus voller Kraft - besonders diejenigen in der Ost-SPD, die in kommunaler Verantwortung stehen, allen voran die Senatsmitglieder in Rostock.

Das war schon nach den ersten Steinwürfen lautstark zu vernehmen. Verdächtig schnell waren Erklärungen und Sprüche zur Hand, mit denen die Gewalt des Mobs und der Beifall der braven Bürger und deren „Unmut“ teils verständnisvoll kommentiert wur-

de, unisono quer durch alle „Volksparteien“. Schließlich schaut man ja dem Volk auf's Maul. Nachdem es lange genug gehört hat, daß eine „unkontrollierbare Woge“, der „ungezügelter Zufluß von Asylbetrüglern und Scheinasylanten“ nur mit Gesetzeskraft zu zügeln sei, ist die Diskussion nur folgerichtig.

Und zur Not bleiben ja noch DDR-erprobte Mittel, wie Mauer, Stacheldraht und Minenfelder.

Nun ist sie endlich möglich, die große Koalition der Stimmungs-Macher. Kaum einer warnt vor übertriebenen Hoffnungen an eine Grundgesetz-Änderung, vor neuen Enttäuschungen: Der Strom der Flüchtlinge vor Not und Elend wird nicht von heute auf morgen verebben.

Eine Partei-Basis, die die „Horntuter“ bremsen könnte, hat die SPD im Osten nicht. Sie ist fast nicht vorhanden. Dieses „fast“ traut sich entweder nicht gegen die „Autoritäten“ aufzumucken oder es liegt mit der Parteiführung auf gleichem Nenner.

Darauf kann Engholm im Osten bauen, daß mancher hier in Umbruchzeiten wirklich rein zufällig in der SPD gelandet ist, Verehrung für Helmut Schmidt war eines der Hauptmotive und eben die Hemmschwelle „Blockflöte“ bei den Alternativen, die sich boten. Diese Hemmschwelle ist für viele ohnehin schnell verschwunden, und Schmidt war für viele doch sowieso der beste Kanzler, leider aber in der falschen Partei. Könnte sein, daß man sich nun selbst eigentlich im „falschen“ Verein wiederfindet. Einfach die Fronten wechseln geht nicht; ginge schon, aber so viele Posten hat der gegnerische Freund nun auch nicht zu vergeben. Um CDU-Politik zu machen, muß man ja auch nicht unbedingt in selbige eintreten, jedenfalls nicht im Osten. Eine lästige Basis, die einem auf die Fin-

ger klopft, muß man nicht fürchten.

Verhängnisvoll und tragisch diese „Schwäche“, dieser Mangel an Zulauf aus Schichten, die im Westen die SPD prägen und tragen, aber im Moment paßt es ganz gut, denn natürlich sind die Ost-Landesverbände fast paritätisch in den Partei- und Beschlußgremien vertreten.

Spekuliert Engholm und sein Petersberger Freundeskreis auf so „manipulierte“ Mehrheiten in seiner Partei? Er könnte sich dabei verkalkulieren, denn die Westgenossen werden nötigenfalls daran erinnern, daß ihre Ost-Parteifreunde gerade mal die Stärke eines mittleren Kreisverbandes haben. Der Basisdruck im Westen wächst dem Sonderparteitag entgegen, gegen eine Änderung oder Ergänzung des Grundgesetzes, denn es geht um sozialdemokratische Grundwerte, die die SPD bisher unterscheidbar machten vom politischen Gegenüber.

Und endlich ist auch aus dem Osten eine Stimme zu vernehmen: Wolfgang Thierse. Er will das Thema Asyl aussetzen, solange es in Deutschland brennt. Spät kommt er, doch er kommt. Noch ist es nicht zu spät, um in den eigenen Reihen einige zur Vernunft zu bringen. Dieser „Rückpfeiff“ war überfällig.

Aber wer ist Thierse? Der „Verweigerer“, der Intellektuelle, der Zweifler? Und wo ist er? Er ist in Bonn und in Berlin, manchmal Rostock ist weit, genauso weit weg wie Ketzin, Cottbus und Quedlinburg. Zu weit für Thierse Ruf, den mancher seiner sozialdemokratischen Parteifreunde nicht hören will, der doch gerade den „Maulkorb“ losgeworden ist?

Die Stimme der Vernunft muß manchmal schreien bis es wehtut. Hoffentlich hat er die Kraft dazu solange seine Stimme noch Gewicht hat in der SPD.

Friedrich Lang-Wiesen

Alleingelassen

Es ist doch traurig, was durch die seit Jahren angelegte Saat zum Asylantenthema für Wahlzwecke geworden ist. Nur der Rechtsradikalismus wurde dadurch stark, und Rostock ist überall.

Ist es nicht auch die von einem Gnaden nachgeborenen Kanzler geführte Regierung, die hier versagt hat? Diese Regierung ist doch nicht ehrlich zu ihren Bürgern. Vieles, was jetzt passiert, ist aus großer Enttäuschung heraus geschehen. Die Menschen fühlen

sich nach den großen Versprechungen vor der Wahl in ihrer Not allein gelassen.

Was macht die Regierung dagegen? Oder sind wir wieder am Anfang der Dreißiger Jahre, stehen vor Ermächtigungsgesetzen? Ich habe schon einmal den schrecklichen Untergang einer Demokratie infolge desolaten und unfähigen Regierens erlebt. Soll es wieder so werden?

Günter Block, Plüdersheim

Helmrich hetzt kräftig mit

Vom Rechtsstaat spricht der mecklenburg-vorpommersche Justizminister Herbert Helmrich viel in dem Gespräch, das Chefredakteurin Regine Marquardt mit ihm führte. Doch dem Minister scheinen ein paar simple Begriffe des Rechtsstaates nicht geläufig zu sein. Insbesondere Staatsrecht und Strafrecht scheinen nicht seine Stärke zu sein.

Dafür hält er sich zugute, schon seit 15 Jahren für eine Änderung des Asylrechtes zu plädieren. Das muß dann so um 1978 herum gewesen sein, als man Menschen, die über Änderungen der Verfassung laut nachdachten, als Verfassungsfeinde brandmarkte. Waren sie gar im öffentlichen Dienst beschäftigt, drohte ihnen das unsägliche, keinesfalls rechtsstaatliche Berufsverbot.

Es wäre sicher lohnend, öffentliche Äußerungen von Herbert Helmrich aus diesen Tagen auf seine Behauptung hin zu untersuchen und zu prüfen, wie man damals auf ihn reagiert hat.

werden“. Weiß er es nicht besser, oder schwimmt er einfach mit auf der (ich nenne sie mal:) „Volks-Verdummungs-Welle“, die gegenwärtig von Politikern aller sogenannten tragenden Parteien entfacht wird?

Hat er noch nie etwas von der Genfer Flüchtlingskonvention der Vereinten Nationen gehört, die die Bundesrepublik ratifiziert hat, und derzufolge wir völkerrechtlich verpflichtet sind, z.B. Kriegsflüchtlinge aus Jugoslawien aufzunehmen? Weiß er etwa nicht, daß wir diese Menschen in aller Regel zwingen, sich selbst als Asylbewerber zu deklarieren, weil wir sie sonst nicht ins Land lassen, da sie unter den Kriegsumständen auf dem Balkan nicht in der Lage sind, sich aufgrund der erst unlängst eingeführten Visapflicht ein deutsches Visum im Herkunftsland zu besorgen?

Wenn er diese und viele andere geläufige Fakten aber kennt, und wider besseres Wissen seine Thesen in die Hirne aufgeheizter Gemüter senkt, dann handelt er mehr als unverantwortlich. Im Völkerrecht gibt es sogar den Terminus der Volksverhetzung, und seine Thesen kommen mindestens in die Nähe der Hetze, auch was seine etwas verschwommene Einschätzung der Sinti und Roma anbetrifft.

Und dann hört man auf die Frage, ob man eine „Mauer ziehen“ müsse, um „die Festung dicht“ zu machen gegen die Asylbewerber, ein eindeutiges: „Ja. Es geht nicht anders. Alles andere sind Traumtanzereien.“

Wenn sich bei solchen Äußerungen eines Ministers die Menschen, die in Rostock Zustimmung, Unterstützung, ja: Anfeuerungen für die Gewalttäter gezeigt haben, in ihrer Haltung bestätigt fühlen, und andere sich zur Nachahmung der Gewalt selbst animiert fühlen, braucht man sich nicht zu wundern. Sie dürfen sich ja geradezu „im Recht“ fühlen, wenn selbst ein Minister (nur mit gewählten Worten) auch so etwas wie „Ausländer raus! Deutschland den Deutschen!“ sagt.

Die Zahl derjenigen, die bereit sind „rechts“ zu wählen und „rechts“ zu handeln, wird schnell wachsen, wenn Politiker die ihnen übertragene Verantwortung so verstehen wie der Justizminister von Mecklenburg-Vorpommern. Immerhin ist er der Mann, der in diesem Land über Recht und Gesetz zu wachen hätte.

Er sollte sich fragen, ob er auf diesem Stuhle der richtige Mann ist. Siegfried Berndt, Köln

Ferngesteuert

Ich wohnte bis 1959 selbst in Mecklenburg-Vorpommern, und zwar in Freest/Kreis Wolgast (das ist gegenüber von Peenemünde), nachdem ich dort zusammen mit meiner Mutter (mein Vater war im Krieg gefallen) und meinen Großeltern aus dem Sudetenland vertrieben angesiedelt worden war. Ich habe nach unserer Flucht in den Westen ständig sowohl brieflich mit ehemaligen Lehrern und Mitschülern als auch persönlich durch regelmäßige Besuche (ca. alle zwei Jahre) Kontakte aufrechterhalten.

Deshalb verfolge ich Vorgänge in meiner ehemaligen Heimat, die ich natürlich jetzt öfter besuchen kann, auch immer sehr aufmerksam. So auch die derzeitigen Ausschreitungen von Rostock, der ehemaligen Hauptstadt meines Heimatbezirkes. Ich bin zutiefst erschüttert über diese Entwicklung. Ich bin jedoch davon überzeugt, daß die Sache von den „Rechten“ in der ganzen BRD gesteuert wurde und die gezeigte Ausländerfeindlichkeit nicht nur auf das Konto der Bürger, mancher Bürger von Rostock geht.

Werner Tischer, Auerbach/Oberpfalz

Angst vor den Deutschen

Deutschtümelei - bitte, von mir aus, schwarz-dumpe Deutschtümelei - meinethalben, wem das denn gefällt. Was ich aber gegenwärtig an Meinungsäußerungen erlebe, entspringt dem Humus für reinen Faschismus. In der Dorf-kneipe, an der Kaffeetafel, beim Plausch üben Gartenzaun, überall werden derzeit unverblümt furchtbar brutale Gedanken geäußert, werden Sätze formuliert wie: „Die Neger und die Fidschis müßte man alle abknallen, das sind doch keine Menschen.“ oder: „Die Jugoslawen-Kinder haben hier nichts zu suchen. Die sollen dahin zurück, wo ihre Eltern sich gegenseitig töteten. Das müssen sie mitmachen, sonst kapieren die das nie.“ „Die sind doch alle nur zu faul zum Arbeiten.“ usw.

Hilfsbereite, brave deutsche Mitbürger sind es, die da so denken und reden. Es ist dabei nicht so wichtig, daß mein moralisches Empfinden dadurch erschüttert ist, viel schlimmer ist, daß ich plötzlich Angst erlebe, Angst vor der aggressiven Wucht meiner offenbar von allen guten Geistern verlassen und völlig enthemmten Zeitgenossen.

Plötzlich liegen Revolver in den Dörfern auf den Kneipentischen. Da ist die Rede von „Überfremdung“, „Völkermord an den Deutschen“, vom „entdeutschen Vaterland“, und von „Untieren“, „Dämonen“ und „Asylschweinen“. Es sind die Deutschen, die mir Angst machen.

W.Hansen (Schwerin)

Asylanten hochbrisanter Sprengstoff

In seinem Bericht „Tödlich ist das Zigeunerleben“ schildert Michael Will die Situation der Roma in Rumänien. Nach Aussage der Vertreter dieser Volksgruppe geht es den Menschen dort sehr schlecht, es gebe „Kristallnacht in jedem Dorf“. Dagegen steht die Aussage rumänischer Regierungsvertreter, die versichern, die Roma würden nicht verfolgt und hätten keinerlei Grund, Rumänien zu verlassen. Welcher Darstellung soll man glauben? Oder stimmt womöglich beides?

wenn ihm die Sicherheitsorgane seines Staates wegen seiner politischen Ansichten oder Aktivitäten nachstellen? Eine schwierige Frage, die der Autor aber gar nicht erst aufwirft. Er zitiert stattdessen den Vertreter der Roma mit dem Satz: „Noch kein einziger Rom ist ... als rassistisch verfolgter Asylberechtigter anerkannt worden“.

Das Asylrecht sieht aber die Möglichkeit, wegen rassistischer Verfolgung Asyl gewährt zu bekommen, gar nicht vor. Vielleicht läßt sich dann auch die „Strategie der Abschottung“ vor der unerwünschten Zuwanderung der „Zigeuner“ in einem anderen Licht sehen. Sozialen Sprengstoff gibt es gerade in den neuen Bundesländern beileibe genug; und, das wurde doch in den letzten Wochen in Rostock deutlich, es handelt sich hier sogar um hochbrisanten Sprengstoff.

Klaus Holst, Ammersbek

Vermischtes

Up platt:

Gröbing, ehr Dörp, de Stadt un de Stadtplanung

De Stadt heit Schwerin, dat Dörp heit Zippendörp. Gröbing heit Gröbing. Un so, as Gröbing dat an sick hebbt, is Gröbing all wat öller. As se tau Schaul kamen is, dor hett dat noch einen Großherzog gäben. Dat wier einer vun de Lüüd, bi denn de Sozialdemokrat Georg Adolph Demmler as Hoffbumeister in' Deinsten wier. Ja, dat mót einer sick vörstellen: Hüt ein Stadtbumeister, de Monarchist is oder anders wat verqueren.

Wat sünd wi doch liberal hütigendags. Un dorbi steiht dat af un an eine Stadt gaud an mit sonnen verqueren Stadtbumeister. As wi uns bi denn ollen Demmler afkieken könnt.

Awer nu tau Gröbing. Gröbing kennt ehr Land Meckelnborg. Kennt de Stadt un kennt dat Dörp. Se is dor tau Hus, hett dor un in ehr Läben väl beläwt, weit ok, wo dat annerwägens up de Welt utseihn deiht. Vör Ulbrichten sine Tieden kann se reisen, wohenn se Lust har, un hett denn vun Anfang an dat Glück hat mit öller as 60 un so. Se kennt also de Welt vun güstern un vun hüt.

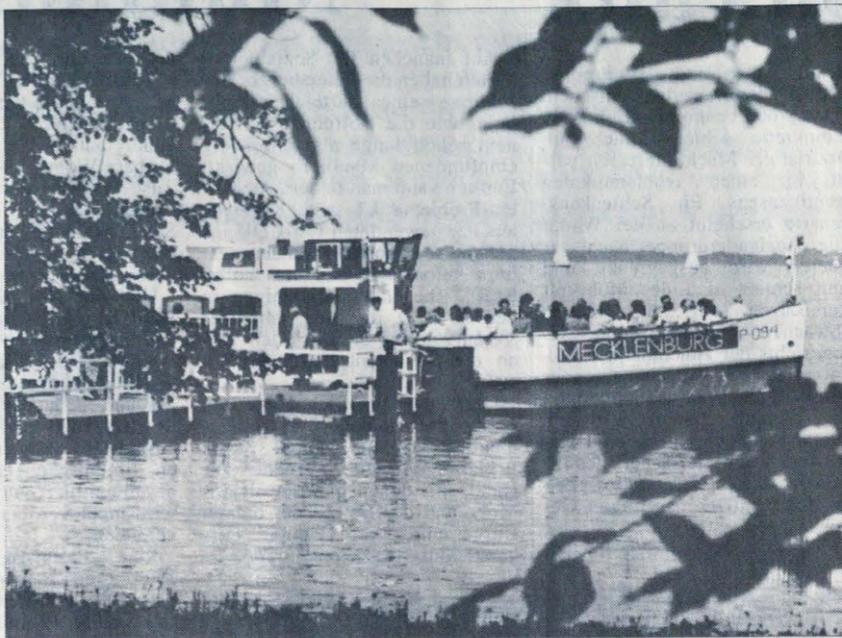
Wenn einer awer anfängt, un mit ehr öwer niemodschen Kram diskutieren will, vun denn se all mihr as nauch hürt un seihn hett, un de beiden kamt nich up einen Nenner, denn seggt se taun Schluß: Makt ji, wat ji wüllt, ick bin gesund. Dormit meint se in' Kopp. Un dat is se. Hett ok eine gesunnen meckelnborger Dickschädel.

Un nu tau Gröbing un de Stadtplanung. Stadtplanung in Schwerin. Ein Bispill. As de Stratenbahnlinie nah Zippendörp stilleget war-

den schull, dor hett Gröbing nah de Böwersten vun de ganzen Stratenbahnen schräben un anfragt, ob de dor woll ganz gesund wieren. De hebbt meint ja. Un hebbt de Stratenbahnlinie still leggt. So hett dat Schriewen nich holpen, awer Gröbing hett likers recht hatt. Meint wi.

Dunn wür vertellt, de lütte Poststell in de Dörpstrat un de Kopmann an de Eck würen dicht m a k e n . Gröbing hett wedder schräben, hett wedder nich holpen, obschonst se wedder recht hat hett. Worüm fragt einer? Dorüm: Öwerall in de Landschaft ward för lütte Strukturen sorgt. Kleinteiligkeit heit dat up hochdütsch, un för Biotopvernetzung.

Dat kann gornich nauch Geld kösten. Denn anners funktioniert dat nich mit Flora un Fauna. Seggt de Fachlüüd. Un mit de Minschen sall dat funktionieren ahn Kleinteiligkeit? Deiht dat ok nich. Seggt Gröbing. Ja, un mit de ollen Lüüd funktioniert dat nich ahn Post un Kopmann gliecks näbenan. Un mit



Dampfer-Anlegestelle am Zippendorfer Strand

Foto: Rainer Cordes

de jungen up Duer ok nich. Töwt man af. Gröbing hett wedder recht.

Nu steiht Gröbing Abend för Abend in Zippendörp an denn See un kiekt röwer nah de Stadt mit Schlott, Dom un Schelfkark. Dor achter noch St. Paul. Rundüm Holt un Wader. Se kiekt un töwt. Töwt up de iersten Hochhüs, de ut de Ird ruterkrapen kamt un allens kaputt maket. As annerswo ok in Dütschland.

Ein' Bekannten vun Gröbing is Jurist bi de Stadt. De hett ehr wat

vertellt vun Bauleitplanung. Dat is ok hochdütsch. Hett dat awer all bi unse Großherzöge gäben. Se brukt dor nich an' See stahn un up de Hochhüs täuwen, hett hei seggt. Wenn se denn dat Schriewen anfängt, wenn se de Hochhüs ut de Ird ruterkrapen süht, denn is' t wedder tau lat. Se sall man in dat Buamt in de Stadt gahn un sick dor de Planung ankieken, de de Stadtplaners ierst in' Kopp hat un denn up Papier bröcht hebbt.

Un denn kann se seggen, wat ehr paßt un wat nich. Dat ward ok al-

lens tau Papier bröcht un denn awagen vun wägen recht hebbten oder nich. Gröbing seggt, dat wür se doch nich verstahn, wat de tau Papier bröcht hebbt, awer se har einen annern Infall.

Ümmer, wenn in Schwerin ein Hus bugt warden sall, wat mihr as ein oder twee Stockwerke höger is as de Hüüs gliecks näbenan, denn kunnen de Stadtplaners doch an all de geplanten veer, fief oder ok söß un mihr Ecken grote bunte Ballons fast maken laten, so hoch baben, as de Ecken baben plant sünd. Un denn wür se sick öwer jeden Ballon freuen, de in Schwerin fast makt ward. Vun Zippendörp ut awer will se keinen einen seihn näben dat Schlott oder achter denn Dom.

Dunn hett ehr de Jurist vertellt, sonn' Infall harn anner Lüüd all lang hat. Luftballons harn de all hier un dor fast makt an de Taufkuntsecken. Dat's denn ja man gaud, hett Gröbing denn seggt, awer väle Lüüd weiten gornich, wat dat sall. Dat mót öffentlich makt un bekanntmakt warden. Wenn se hüt vun Zippendörp ut Ballons öwer de Stadt süht, denn denkt se, dor makt einer Reklame oder dor is Volksfest. Un denn möten de dor veer Wochen lang bammeln un noch länger.

Un wiel dat dat noch väle sonne Stellen rundüm Schwerin gifft mit grad sonnen scheunen Blick up Schwerin as vun Zippendörp ut, kunnen de Stadtplaners ja nah jedet frische Fastmaken vun niege bunte Ballons eine Reis rund um de Stadt rümmer maken up Land un up't Wader un sick ehre Planecken mank denn Dom,

Schelf, St. Paul un wat dat anners noch gifft ankieken. Un se können denn ok de Interessierten inladen tau de Rundfahrten. Gröbing mót ehren gesunnen Kopp föhrt ok m...

Wedder hett Gröbing recht, man de Lust an dat Schriewen is ehre vergahn. So steiht dat mit de Planecken un de bunten Ballons in' AUFBRUCH, awer wedder vun de Stadtplaners kann woll platt.

Un wenn dor nu doch einer platt kann bi de Stadtplaners: Tankstellen bruken wi, dat is klar, ok an de Strat vun Schwerin nah Parchow. Awer nich mitten in't Holt. Un wenn schon. Möt de utseihn as ein Tankstell an de Autobahnen? Dat mót doch Architekten gäben, de sick wat anners utdenken können. Dat gifft doch Muerwark in Meckelnborg, Dachsparren un Dachziegel. Awer dat is wedder tau lat.

In ein poor Johren, denn können de Stadtplaners Zippendörp in de Dorferneuerungsprogramm upnehmen. Denn gifft dat gewiß Geld dorför, wenn in Zippendörp eine Autobahntankstelle in't Holt eine Tankstelle nah meckelnborger Ort makt ward.

Wenn bi de Stadtplaners awer blot einer gliecks so dacht har as Gröbing, denn har hei dat denn Tankstellenbuger vun hüt all hüt klar makt, wo dat makt warden mót in Meckelnborg in't Holt mit dat Tankstellenbugen. Un för uns all wier dat düchtig wat billiger worden. Up Duer. Schad, Gröbing löppt mit ehre Gedanken immer achteran. Un se is so gesund. In' Kopp. Seggt se.

Kort Bäk

Kulinarisch:

MA beißt an ...

Fritz Reuter Neubrandenburg, Stargarder, Ecke Friedländer Straße

Der Himmel über Neubrandenburg zeigt sich im Herbst dramatisch. Neubauten beherrschen die Stadtarchitektur. Nach dem Brand zum Ende des letzten Krieges ist von der alten Stadt nicht viel übrig geblieben, die vier herrlichen mittelalterlichen Tore sind allerdings allein eine Reise wert.

Hier ist unser heutiges kulinarisches Ziel. Die Gaststätte „Fritz Reuter“ hat wenig Dramatisches zu bieten, eines der Gastzimmer ist neu eingerichtet, ansonsten ist alles noch beim alten. An der Wand prangen illuminierte Glasbilder aus der Zeit, da Neubrandenburg noch ein Schmuckstück sozialistischer Kultur war. Aus gänzlich unerfindlichem Grunde hat man sich bis heute nicht von einigen niedrigen Tischen mit noch tieferen sofaähnlichen Sitzgelegenheiten trennen mögen - hier sollte sich nur der Gast niederlassen, der über intakte Bandscheiben verfügt oder aber einen guten Chiropraktiker kennt.

Die nette Bedienung schafft nach gemessener Zeit Portionen heran, die ausgehungerte Gäste freuen wird. Die Speisekarte weist einiges Revolutionäres aus. So gibt es manches, das ausgesprochen gesund klingt. Wer allerdings erwartet, daß das gesunde Gemüse köstlich und frisch zubereitet auf den Teller kommt, wird herb enttäuscht: Der Koch putzt das Gemüse vor allem mit dem Büchsenöffner. Dennoch: Ein durchaus gastliches Etablissement.

Ambiente: unentschlossen
Küche: verbesserungsbedürftig
Bedienung: freundlich
Preis-Leistung: an der Schmerzgrenze
C. Doose

Geschichten vom Dorf Mecklenburger Identität

Vor der Autobahnraststätte, irgendwo in Niedersachsen, stand Hans-Heinrich Pötzsch und betrachtete die Flaggen der sechzehn Bundesländer, die auf der Terrasse einträchtig im Wind flatterten. Er suchte nach seiner Flagge.

„Komisch“, sagte er, „de Fahn von Meckelnborg is nich doorbi...“ „Hebbt de uns vergäben? Kann je wull nich anghahn!“ meinte Hilde. Aber die vertraute blau-gelb-rote Flagge fand sie auch nicht.

Inzwischen war Ewald Semmelau mit den anderen Ausflugsteilnehmern aus Klein Brünz dazugekommen. „Die Öhster haben die Fahne von Schleswig-Holstein zweimal aufgezogen: Blau-weiß-rot!“ „Nun seht erst mal genau hin!“ mischte sich Jochen Lührs ein. „Die eine blau-weiß-rote Fahne hat einen kleinen gelben Mittelstrich. Das ist unsere! Mecklenburg-Vorpommern!“

„Hm“, knurrte Hans-Heinrich, „uns' Regierung schrifft je ook de Gesetzen von Schleswig-Holsteen aff, denn hett se sick ook de Fahn' dorvon afkäken! Un wat is mit uns' Meckelnborger Fahn'?“

„Bloß noch Tradition! Die offizielle von Mecklenburg-Vorpommern ist die da mit dem kleinen gelben Strich!“

Ewald hatte inzwischen ein Gespräch mit einem Rheinländer angefangen. „Ich kenne Schwerin



vom letzten Betriebsausflug“, sagte der, „schöne Stadt. Grandios das Schloß der Großherzöge von Mecklenburg-Vorpommern!“

„Entschuldigung, daß ich Sie unterbreche“, sagte Ewald, „aber die Großherzöge waren das nur von Mecklenburg, nicht von Vorpommern.“ Stirnrunzelnd ging der Rheinländer beiseite.

Beim Mittagessen brachte Jochen Lührs nochmals das Gespräch auf das Problem: „Was sind

wir eigentlich? Mecklenburger? Oder Mecklenburg-Vorpommern? Oder vorpommersche Mecklenburger? Was ist unsere Identität?“

„Guckt euch mal Hans-Heinrich und Hilde an“, meinte Ewald. „Sie sind die einzigen in Klein Brünz, die richtig plattdeutsch sprechen, - und er ist Ostpreuße, Hilde ist aus Sachsen.“

„Awer all as Kinner na Meckelnborg kamen“, stellte Hilde klar. „Man wat sünd wi? Von all'n bäten wat und nix richdich!“

Der Kellner kassierte. Hans-Heinrich gab aus alter Gewohnheit kein Trinkgeld und ließ sich die Groschen auf das Tisch Tuch zählen.

Auf dem Weg zum Tresen flüsterte der Kellner seinem Kollegen ein Wort zu, leise, aber doch laut genug, daß die Klein Brünzer es mitbekamen: „Ossis!“

„Süht wull!“ sagte Hans-Heinrich. „Door hebbt wi uns' Identität! Ossis!“ Und amüsiert und nachdenklich zugleich nahm er einen kräftigen Schluck.

Andreas Lausen

Mein wunderbarer Alltag

Hauptverkehrszeit. - Fußgänger hasten diagonal über die Straßenkreuzung, die dreispurigen Stop-and-Go-Kolonnen spielen Ziehharmonika, auch in den überfüllten Bussen und Bahnen geht nichts mehr. In dieser schier aussichtslosen Lage können sich nur wenige Menschen behaupten: es handelt sich dabei um zielstrebige Zeitgenossen, die es grundsätzlich schaffen, eine Sitzbank der S-Bahn ganz für sich allein zu erobern, egal, ob die restlichen Leute zuhauf an den ewig klebrigen Haltestangen hängen oder auf dem Gang durcheinanderpurzeln wie Mikadostäbchen. Sie sind die letzten Großstädter mit intaktem Revierverhalten.

Ihnen gilt meine volle Bewunderung. Diese modernen Einzelkämpfer blockieren nicht einfach eine öffentliche Sitzgelegenheit, sondern beanspruchen den freien Fensterplatz, und um diesen geht es hier, als natürliches Hinterland, das sie sich um keinen Preis der Welt verbauen lassen. Der Gangsitzer mit Fen-



Rainer Brandenburg

sterplatzoption - betagte Hutträgerinnen sind führend auf diesem Sektor - Pfeift auf die Sitz-, bzw. Stehplatzarithmetik der Verkehrsbürokraten und verteidigte sein Gesäß-Claim mit allen Mitteln. Die Verhaltenslehre unterscheidet zwischen drei Typen. Den Anfänger erkennt man an der verschämten Kopf-Haltung und seinem Alibigepäck - meist handelt es sich dabei um eine Tageszeitung -, das er mög-

lichst sperrig neben sich zu postieren versucht. Auf Ansprache reagiert er in der Regel mit roten Ohren und Flucht. Konsequenter verhält sich da schon Typ B, den man unschwer an dem starren Sightseeing-Blick und seiner periodischen Harthörigkeit erkennen kann. Das mehrmalige Nachfragen fußlahmer Sitzplatz-Aspiranten (Ist der Platz neben Ihnen noch frei?) quittiert er oder sie, wenn überhaupt, mit dem lapidaren Hinweis „Ich steige drei Stationen weiter aus.“

Wirkliche Klasse hat der harte Kern der Bankbesetzer. Diese Leute fürchten weder Blickkontakt noch kreislaufschwache Neuzugänge. Ihre aristokratische Nur-weil-mein-BMW-zur-Inspektion-ist-sitze-ich-überhaupt-in-diesem-Bazillencarrier-Ausstrahlung macht jene Platzhirsche zu Helden des Nahverkehrs, denen sich kein sterblicher Monatskarteninhaber in den Weg stellt. Genauogut könnte man als Tramper nach einer Sänfte winken.

Ministerin geht voran

Was ist los mit Frau Finanzministerin Bärbel Kleedehn? Hilflos liegt sie da, ein Weißkittel beugt sich über sie und zwackt ihr was ab.

Das Wertvollste zwackt er ab, was Frau Kleedehn hat: Ihr Blut. Das entnehmen wir der Pressemitteilung ihres Hauses, die merkwürdigerweise mit der Feststellung getitelt ist, die Ministerin ginge „beim Sparen“ voran.



Hoffentlich kriegt's einer von hier: Finanzministerin Bärbel Kleedehn beim Blutspenden

Foto: Finanzministerium

Was spart sie wohl in diesem Augenblick? Denn sie geizt ja sichtlich nicht, im Gegenteil: Sie spendet. Der Spar-Gedanke ist doch genau das, was ihr jetzt am fernsten liegt, wo sie da so liegt. Das soll doch allen nahegehe'n, daß ihr das fernliegt. An allen Ecken wird gespart, aber nicht mit dem Besten: Dem Blut.

Man mag sparen, man mag knapsen, aber nicht mit dem ganz besond'ern Saft. An der Spitze von immerhin dreißig Bediensteten des Finanzministeriums ist Frau Kleedehn zur Opferbank geschritten und hat sich zwacken lassen; weh wird's getan haben, aber in dieser schweren Zeit muß jede und jeder alles tun, was in der Macht liegt.

Der bis auf's Blut gepeinigter Osten hat eine würdige Ministerin. Sie teilt, was sie hat und fragt nicht, wer's bekommt. Hoffentlich ein Ossis! Denn das wäre ja was, wenn das im Osten gewonnene Blut nicht auch im Osten

verbraucht würde. Grad wenn von der Ministerin ist.

War der Fotograf, der das aufnahm, zufällig da? Oder hat er gewandter herbestellt? Natürlich will, wer „vorangeht“, auch fotografiert sein. Das ist menschlich. Wie gefaßt die Kleedehn da liegt! Als wär's das Normalste von der Welt, das Äußerste zu tun! Bis an die Grenzen zu geh'n! So kennen wir unsere Landes-

gierung gar nicht, so bis an die Grenzen gehend, so hingebend, das Äußerste in's Werk setzend, eine Novität, die dieser Tage insbesondere im Zusammenhang mit Blut und Wehtun zu denken gibt. Andererseits: Besser, man hat mal öffentlich Blut gespendet, als man hat's nicht getan. Besser man ist mal mit was halbwegs Tollem in der Zeitung, als man is ses nicht.

Besser, man macht was, auch wenn einem nichts einfällt, als man macht's nicht. Da wär's doch schade gewesen, stattdessen bloß ein Foto von dem ausgebliebenen heftigen Wortwechsel zwischen Frau Finanzministerin Kleedehn und ihrem persönlichen Referenten zu sehen, bei dem die Dame auseinandersetzt, daß sie für solch einen niederschmetternden Quatsch nicht zur Verfügung steht, auch wenn der Blutspendendienst des Roten Kreuzes zehntausend in der Eingangshalle steht und auf sie wartet.

Waldemar Schlegel